



Jahresabschluss 2016 des Landkreises Schwäbisch Hall





Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	3
2	Aufstellung des Jahresabschlusses	4
3	Ergebnisrechnung	6
3.1	Ergebnisquerschnitt nach Teilhaushalten	7
3.2	Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses	8
3.3	Erläuterungen zu den Positionen der Gesamtergebnisrechnung (s. Anlage 1)	9
3.3.1	Erträge	9
3.3.2	Aufwendungen	14
3.4	Nettoressourcenverbrauch der Teilhaushalte	19
4	Finanzrechnung	29
4.1	Finanzquerschnitt nach Teilhaushalten	29
4.2	Übersicht über alle Investitionen	30
4.3	Anlagenübersicht	33
4.4	Schuldenübersicht	34
5	Bilanz zum 31.12.2016	35
5.1	Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen	38
5.2	Buchungen 2016 gegen das Basiskapital	54
6	Rechenschaftsbericht § 54 GemHVO	55
6.1	Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	55
6.2	Kennzahlenset Baden-Württemberg zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 77 Abs. 1 GemO	57
6.2.1	Erläuterungen	57
7	Anhang	62
7.1	Ergänzende Erläuterungen gem. § 53 GemHVO	62
7.1.1	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	62
7.1.2	Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	63
7.1.3	Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten	63
7.1.4	Anteil des Landkreises Schwäbisch Hall an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) gebildeten Pensionsrückstellungen	64



Jahresabschluss 2016

7.1.5	Entwicklung der Liquidität im Haushaltsjahr.....	64
7.1.6	Übertragene Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen).....	67
7.1.7	Nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen.....	68
7.1.8	Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 42 GemHVO)	68
7.1.9	Treuhänderische Verwaltung von Mündelvermögen	69
7.2	Organe des Landkreises.....	70
7.3	Vermögensübersicht	71
7.4	Übersicht über- und außerplanmäßige Ausgaben über 25.000 €.....	72
8	Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“	74
9	Anlagen.....	77



1 Allgemeines

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.10.2009 der Umstellung der Haushaltswirtschaft auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht zum 01.01.2011 zugestimmt. Der erste Haushaltsplan im Umstellungsjahr 2011 wurde in kameraler und doppischer Form aufgestellt und vom Kreistag am 21.12.2010 beschlossen.

Am Ende eines jeden Haushaltsjahres ist gemäß § 95 GemO i. V. m. § 48 LKrO ein Jahresabschluss aufzustellen. Der erste doppelte Jahresabschluss 2011 wurde am 16.12.2014 durch den Kreistag festgestellt. Die Landkreisverwaltung hat seitdem intensiv die noch ausstehenden Jahresabschlüsse aufgearbeitet. Die Aufstellung des vorliegenden Jahresabschlusses 2016 erfolgt wieder gesetzeskonform.

Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz:

Die **Ergebnisrechnung** zeigt den Ressourcenverbrauch auf, sie ist mit einer handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar. Sie enthält die dem Rechnungsjahr zuzuordnenden Erträge und Aufwendungen.

In der **Finanzrechnung** sind alle tatsächlichen Ein- und Auszahlungen des entsprechenden Jahres aufgeführt. Sie bildet neben den Ein- und Auszahlungen für den laufenden Betrieb die Investitions- und Finanzierungstätigkeit des Landkreises ab. Hier ist auch der Liquiditätsstand des Landkreises zum Jahresende ersichtlich.

Aus der **Bilanz** gehen Mittelverwendung und Mittelherkunft hervor. Es handelt sich um eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden. Die Eröffnungsbilanz wurde zum 01.01.2011 erstellt und vom Kreistag im Dezember 2013 beschlossen. Sie ist Grundlage für alle folgenden Rechnungsabschlüsse.



2 Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss des Landkreises Schwäbisch Hall zum 31.12.2016 gemäß § 95 b Abs. 1 GemO i. V. m. § 48 LKrO wird vom Kreistag am 24.10.2017 wie folgt festgestellt:

1. Ergebnisrechnung

1.1	ordentlichen Erträge	246.668.132,65 €
1.2	ordentliche Aufwendungen	235.884.692,34 €
1.3	ordentliches Ergebnis	10.783.440,31 €
1.4	außerordentliche Erträge	1.493.029,75 €
1.5	außerordentliche Aufwendungen	1.748.710,69 €
1.6	Sonderergebnis	- 255.680,94 €
1.7	Gesamtergebnis	10.527.759,37 €

2. Finanzrechnung

2.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	248.461.138,14 €
2.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	231.736.847,20 €
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	16.724.290,94 €
2.4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	923.502,61 €
2.5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.558.383,64 €
2.6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	- 23.634.881,03 €
2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	- 6.910.590,09 €
2.8	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	7.500.000,00 €
2.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.523.047,43 €
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	3.976.952,57 €
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum 31.12.2016 (Saldo aus 2.7 und 2.10)	- 2.933.637,52 €
2.12	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	16.252.580,68 €
2.13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	- 8.668.625,49 €
2.14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus 2.11 und 2.12)	13.318.943,16 €
2.15	Endbestand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2016	4.650.317,67 €



Jahresabschluss 2016

3. Bilanz

3.1	Immaterielles Vermögen	361.906,64 €
3.2	Sachvermögen	258.135.852,45 €
3.3	Finanzvermögen	42.986.312,44 €
3.4	Abgrenzungsposten	11.927.420,43 €
3.5	Nettoposition	0,00 €
3.6	Gesamtbetrag auf der Aktivseite	313.411.491,96 €
3.7	Basiskapital	154.162.446,26 €
3.8	Rücklagen	12.657.177,27 €
3.9	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €
3.10	Sonderposten	78.296.231,15 €
3.11	Rückstellungen	16.526.331,96 €
3.12	Verbindlichkeiten	44.290.817,93 €
3.13	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	7.478.487,39 €
3.14	Gesamtbetrag auf der Passivseite	313.411.491,96 €

Aufgestellt am 16. Juni 2017

Gerhard Bauer
Landrat



3 Ergebnisrechnung

Gesamtergebnisrechnung			
	<u>Haushaltsansatz</u>	<u>Ergebnis</u>	<u>Abweichung</u>
Ordentliche Erträge	232.099.440,00 €	246.668.132,65 €	14.568.692,65 €
Ordentliche Aufwendungen	222.468.840,00 €	235.884.692,34 €	13.415.852,34 €
Ordentliches Ergebnis	9.630.600,00 €	10.783.440,31 €	1.152.840,31 €
Außerordentliche Erträge	-	1.493.029,75 €	1.493.029,75 €
Außerordentliche Aufwendungen	-	1.748.710,69 €	1.748.710,69 €
Sonderergebnis	-	-255.680,94 €	-255.680,94 €
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	9.630.600,00 €	10.527.759,37 €	897.159,37 €

Ausführliche Gesamtergebnisrechnung siehe Anlage 1



3.1 Ergebnisquerschnitt nach Teilhaushalten

Teilhaushalt	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Ergebnis	Abweichung
1 Innere Verwaltung	Ordentliches Ergebnis	-11.893.150,56 €	-12.108.015,13 €	-214.864,57 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-1.266.995,15 €	-968.124,20 €	298.870,95 €
2 Sicherheit und Ordnung	Ordentliches Ergebnis	-2.366.723,32 €	-1.886.275,03 €	480.448,29 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-3.941.953,85 €	-3.569.811,65 €	372.142,20 €
3 Bildung und Kultur	Ordentliches Ergebnis	-3.058.135,12 €	-2.130.683,64 €	927.451,48 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-5.396.162,49 €	-4.285.104,53 €	1.111.057,96 €
4 Jugend, Soziales und Gesundheit	Ordentliches Ergebnis	-79.171.278,88 €	-84.864.929,51 €	-5.693.650,63 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-83.601.540,31 €	-90.154.311,01 €	-6.552.770,70 €
5 Infrastruktur	Ordentliches Ergebnis	-10.235.284,68 €	-8.736.315,45 €	1.498.969,23 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-16.608.644,04 €	-14.802.466,51 €	1.806.177,53 €
6 Umwelt	Ordentliches Ergebnis	-5.934.057,92 €	-5.468.569,11 €	465.488,81 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-7.765.292,01 €	-7.325.751,39 €	439.540,62 €
7 Abfallwirtschaft	Ordentliches Ergebnis	697.990,48 €	672.139,47 €	-25.851,01 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-42.392,15 €	-11.683,64 €	30.708,51 €
8 Allgemeine Finanzwirtschaft	Ordentliches Ergebnis	121.591.240,00 €	125.306.088,71 €	3.714.848,71 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	121.591.240,00 €	125.306.088,71 €	3.714.848,71 €
Ordentliches Ergebnis		9.630.600,00 €	10.783.440,31 €	1.152.840,31 €
Nettoressourcenbedarf/-überschuss*		2.968.260,00 €	4.188.835,78 €	1.220.575,78 €

* enthaltene kalkulatorische Zinsen: Plan: 6.662.340,00 €/Ist: 6.594.604,53 €

Die Zinsen werden aus einem Durchschnittszinssatz (aus allen Kreditaufnahmen des Landkreises) und dem mittleren Restbuchwert des Vermögens (und der Sonderposten für Investitionszuweisungen) berechnet.



Jahresabschluss 2016

3.2 Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

Stufen der Ergebnisverwendung und des Haushaltsausgleichs ¹⁾	Ergebnis des Haushaltsjahres		vorgetragene Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses aus dem			Rücklagen aus Überschüssen des		Basis-kapital	
	Sonder-ergebnis	Ordentliches Ergebnis	Vorjahr	zweit-vorange-gangenen Jahr	dritt-vorange-gangenen Jahr	ordentlichen Ergebnisses	Sonder-ergebnisses		
									EUR
	1	2	3	4	5	6	7		8
1 Ergebnis des Haushaltsjahres bzw. Anfangsbestände ²⁾	- 255.680,94 €	10.783.440,31 €	- €	- €	- €	14.729.001,96 €	- €	141.562.862,20 €	
2 Abdeckung vorgetragener Fehlbeträge aus dem ordentlichen Ergebnis		- €	- €	- €	- €				
3 Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		- 10.783.440,31 €				10.783.440,31 €			
4 Verrechnung eines Fehlbetragsanteils des ordentlichen Ergebnisses auf das Basiskapital nach Art. 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts		- €						- €	
5 Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		- €					- €		
6 Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch einen Überschuss des Sonderergebnisses	- €	- €							
7 Zuführung eines Überschusses des Sonderergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	- €						- €		
8 Ausgleich eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	- €						- €		
9 Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses		- €					- €		
10 Vorträge nicht gedeckter Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres sowie aus Vorjahren in das Folgejahr		- €	- €	- €					
11 Verrechnung eines aus dem drittvorangegangenen Jahr vorgetragenen Fehlbetrags mit dem Basiskapital					- €			- €	
12 Verrechnung eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	255.680,94 €							- 255.680,94 €	
13 vorläufige Endbestände						25.512.442,27 €	- €	141.307.181,26 €	
14 Umbuchung aus den Ergebnisrücklagen in das Basiskapital nach § 23 Satz 4 GemHVO						- 12.855.265,00 €	- €	12.855.265,00 €	
15 Nachrichtlich: Veränderung des Basiskapitals auf Grund von Berichtigungen der Eröffnungsbilanz ³⁾								- €	
16 Endbestände des Basiskapitals, der Ergebnisrücklagen und des Fehlbetragsvortrags		- €	- €	- €		12.657.177,27 €	- €	154.162.446,26 €	

¹⁾ Es sind nur die jeweils relevanten Stufen abzubilden

²⁾ Die Werte in den Spalten 3 bis 5 entsprechen den Werten in Zeile 16 Spalten 2 bis 4 der Vorjahresübersicht.

³⁾ optional

Der Fehlbetrag beim Sonderergebnis ist durch Entnahme aus der Rücklage des Sonderergebnisses zu verrechnen. Aufgrund der negativen Sonderergebnisse seit Umstellung auf die Doppik im Jahr 2011 ist keine Rücklage aus Sonderergebnissen vorhanden. Daher ist der Fehlbetrag zu Lasten des Basiskapitals zu verrechnen, hier: 255.680,94 €.



3.3 Erläuterungen zu den Positionen der Gesamtergebnisrechnung (s. Anlage 1)

3.3.1 Erträge

1. Steuern und ähnliche Abgaben

Plan: 530.000,00 €

Ist: 790.548,83 €

Hier wurde die Weitergabe der Wohngeldentlastung nach dem SGB II durch das Land gebucht.

2. Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen

Plan: 170.964.950,00 €

Ist: 177.229.259,04 €

Verbesserungen gegenüber dem Planansatz ergaben sich bei den Schlüsselzuweisungen (+2,2 Mio. €), der Grunderwerbsteuer (+1,24 Mio. €), den Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde (+829 T€), dem Soziallastenausgleich nach § 21 FAG (+766 T€), den Zuweisungen für laufende Zwecke des Landes u. a. im Bereich der Schulen und den Ausgleichsleistungen des Bundes für die Grundsicherung (+603 T€).

3. Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge

Plan: 3.465.130,00 €

Ist: 2.807.781,48 €

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (Fördermittel z. B. für energetische Sanierung der Schulen und für Baumaßnahmen an Kreisstraßen) lagen rund 657 T€ unter dem Planansatz. Ursächlich hierfür ist einerseits, dass der im Rahmen der Baumaßnahme „K2523 Ausbau Wiesenbach-Engelhardshausen – B290“ geplante Zuschuss i. H. v. 2,4 Mio. € im Jahr 2016 noch nicht eingegangen ist (die Maßnahme ist noch nicht abgeschlossen). Des Weiteren wurden im Herbst 2016 für den Jahresabschluss 2015 die Auflösungsdauern der gebildeten Sonderposten im Bereich der Kreisstraßen mit den Nutzungsdauern der geförderten Vermögensgegenstände abgeglichen und bei Abweichungen entsprechend angepasst. Dies führte zu geringeren jährlichen Auflösungsbeträgen als im Planansatz.

4. Sonstige Transfererträge

Plan: 7.040.350,00 €

Ist: 8.273.245,29 €

Hierbei handelt es sich um Erstattungs- und Ersatzleistungen im Sozialen Bereich, hauptsächlich bei der Eingliederungshilfe, der Grundsicherung, den Hilfen zur Erziehung und den Hilfen für Flüchtlinge, außerdem um Ansprüche aus dem Bereich Unterhaltsvorschuss.



Verbesserungen ergaben sich in den Bereichen „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (+442 T€) und „Hilfen für Flüchtlinge“ (+397 T€).

5. Öffentlich-rechtliche Entgelte

Plan: 11.594.750,00 €

Ist: 12.476.051,05 €

Die Erträge stammen fast ausschließlich aus dem Bereich der Abfallwirtschaft, die als kostenrechnende Einrichtung im Kreishaushalt enthalten ist. Erfasst werden die Gebühren für die Rest- und Biomüllentsorgung, die Sperrmüllabfuhr und die Anlieferung auf den Wertstoffhöfen/Entsorgungszentren.

Der Sonderabschluss der Abfallwirtschaft ist bei den Ausführungen zu Teilhaushalt 7 ausgewiesen.

6. Privatrechtliche Entgelte

Plan: 2.024.310,00 €

Ist: 2.359.772,90 €

Der überwiegende Teil der privatrechtlichen Entgelte entfällt auf Erträge aus dem Abfallbereich (50,8 %), Mieten und Pachten inkl. Nebenkostenanteile (36,6 %) und Verkaufserlöse des Forstamts (7,1 %).

7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Plan: 34.854.170,00 €

Ist: 39.488.176,33 €

a) Erstattungen vom Bund

Plan: 3.863.320,00 €

Ist: 4.149.325,56 €

Erstattungsleistungen für Unterkunft und Heizung, Bundesstraßen, Kriegsopferfürsorge. Der Landkreis erhielt 2016 Sondermittel des Bundes für die betriebliche Erhaltung und die Straßenausstattung der Bundesstraßen i. H. v. ca. 360 T€.

b) Erstattungen vom Land

Plan: 24.916.850,00 €

Ist: 25.812.625,24 €

Erstattungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für Unterhaltsvorschussleistungen, Integrationsförderung, Landesstraßen, die Jugend- und Suchtberatung und den Forst. Mehrerträge ergaben sich im Wesentlichen bei den Erstattungsleistungen im sozialen Bereich (entsprechend der steigenden Anzahl an Flüchtlingen sind auch die Landeszuweisungen gestiegen).



Jahresabschluss 2016

Im Bereich der Landesstraßen erhielt der Landkreis Sondermittel für Straßenausstattung und Markierungsarbeiten (ca. 114 T€). Darin enthalten sind auch Landesmittel aus dem Sonderprogramm „Querungen im RadNETZ BW“.

c) Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden

Plan: 5.482.670,00 €
Ist: 8.903.628,54 €

Den größten Posten (49,4 %) bilden die Erstattungen im Jugendhilfebereich (Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige). Die Mehrerträge stammen nahezu ausschließlich aus diesem Bereich (+3 Mio. €). Die höheren Erstattungen können die stärker gestiegenen Aufwendungen jedoch nicht ausgleichen. Rund 40,5 % entfallen auf Erträge im Bereich des ÖPNV, überwiegend durch die Kreisverkehr Schwäbisch Hall GmbH. Den dritten größeren Posten bilden die Kostenerstattungen für die Inanspruchnahme der Kreisplanung durch die Gemeinden (5,1 %). 1,4 % entfallen auf die Jugendsozialarbeit.

d) sonstige Erstattungen

- Erstattungen von der gesetzlichen Sozialversicherung: Pflegestützpunkt und
Jugendsuchtberatung
Ergebnis 2016: 21.275,20 €
- Erstattungen von verbundenen Unternehmen: Anteil der LSK-Klinikum gGmbH an den Kosten
der Unfallkasse und für die Mitnutzung der Hausdruckerei
Ergebnis 2016: 88.765,92 €
- Erstattungen von privaten Unternehmen: Beteiligung der Dualen Systeme an der
Wertstoffentsorgung/ Betrieb der Entsorgungseinrichtungen; Personalkostenerstattung
Ergebnis 2016: 487.356,63 €
- Erstattungen von übrigen Bereichen: Essensersatz, Verpflegungskosten
Ergebnis 2016: 25.199,24 €

8. Zinsen und ähnliche Erträge

Plan: 122.700,00 €
Ist: 28.933,33 €

Es handelt sich im Wesentlichen um Zinseinnahmen, überwiegend aus dem Bereich der Abfallwirtschaft.

9. Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen

Plan: 0,00 €
Ist: 9.789,30 €

Im Rahmen der Straßenbaumaßnahme K2674 DU Marhördt – L1050 (Badhaus) wurden Eigenleistungen in Höhe von 9.789,30 € aktiviert.



10. Sonstige ordentliche Erträge

Plan: 1.503.080,00 €

Ist: 3.204.575,10 €

Erträge aus

- Bußgeldern	809.757,62 €
- Säumniszuschlägen/ Mahngebühren	212.318,52 €
- Zuführungen zu Rückstellungen*	
Gebührenüberschussrückstellung	928.894,44 €
- Auflösung von Wertberichtigung auf Forderungen*	109.208,16 €
- Zuschreibungen	2.083.925,65 €
- anderen sonstigen ordentlichen Erträgen	918.259,59 €
(u. a. Schadensersatzforderungen Kreis- und Landesstraßen, Kostenerstattungen für Vorfinanzierung Ausbau A6)	

*(s. auch Ausführungen unter 5. Bilanz)

Die Verbesserung resultiert hauptsächlich aus den Erträgen aus Zuschreibungen im Bereich des Regiebetriebes. Der Rücklagenstand des Regiebetriebes (Klinikimmobilie Crailsheim) erhöhte sich zum 31.12.2016 um 2.083.925,65 € auf 12.945.155,64 €. Entsprechend erfolgte eine Anpassung in der Bilanz des Landkreises Schwäbisch Hall (siehe Erläuterungen zur Bilanz unter 1.3.1 „Anteile an verbundenen Unternehmen“, Seite 43).

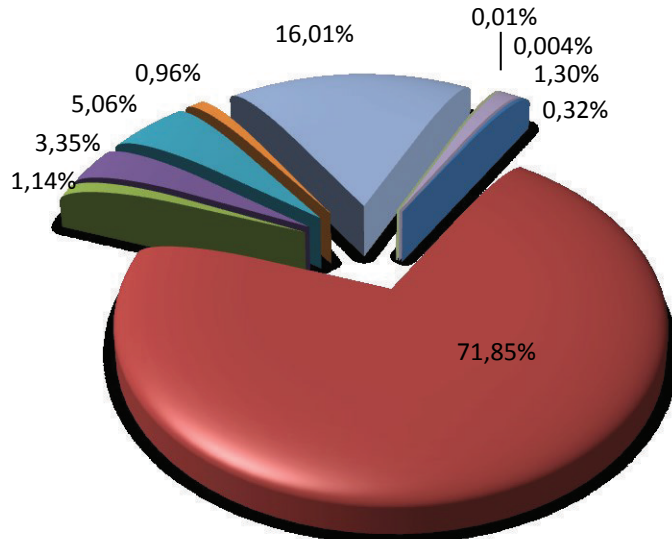
11. Summe ordentliche Erträge

Plan: 232.099.440,00 €

Ist: 246.668.132,65 €



Ordentliche Erträge



- Steuern und ähnliche Abgaben
790.548,83 € (0,32%)
- Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen
177.229.259,04 € (71,85%)
- Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge
2.807.781,48 € (1,14%)
- Sonstige Transfererträge
8.273.245,29 € (3,35%)
- Öffentlich-rechtliche Entgelte
12.476.051,05 € (5,06%)
- Privatrechtliche Leistungsentgelte
2.359.772,90 € (0,96%)
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
39.488.176,33 € (16,01 %)
- Zinsen und ähnliche Erträge
28.933,33 € (0,01%)
- Aktiviertete Eigenleistungen und Bestandsverändg.
9.789,30 € (0,004%)
- Sonstige ordentliche Erträge
3.204.575,10 € (1,30 %)



3.3.2 Aufwendungen

12. Personalaufwendungen

Plan: 48.878.380,00 €

Ist: 48.519.829,28 €

Bei den Personalaufwendungen ergab sich eine Verbesserung von ca. 359 T€. Mehraufwendungen im Bereich der Migration aufgrund der Flüchtlingswelle stehen Wenigeraufwendungen durch Unterschreitung der Ansätze bei den Fleischhygienestellen, unerwartete Erstattung von Sanierungsgeldern der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Umwandlung von Sonderzahlungen in Urlaub, Krankheitsausfälle der Beschäftigten ohne Lohnfortzahlung, verschiedene Erstattungen z. B. aufgrund von Mutterschaft sowie einer höheren Entnahme aus der Altersteilzeit-Rückstellung entgegen.

14. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Plan: 25.854.640,00 €

Ist: 29.738.205,84 €

Dieser Bereich umfasst die Bauunterhaltung inklusive der Bewirtschaftung, die Kosten für die Müllabfuhr und die entsprechende Entsorgung einschließlich der Wertstoffentsorgung und -verwertung sowie die Aufwendungen für die Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Hier sind die EDV-Kosten gebucht sowie das Lehr- und Unterrichtsmaterial und die Lernmittel.

Mehraufwendungen beim Bauunterhalt ergaben sich vor allem bei den Gemeinschaftsunterkünften (+1,95 Mio. €). Insgesamt entstanden im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung für die Gebäude Mehraufwendungen in Höhe von ca. 2,52 Mio. € (u. a. Ausstattung, Mieten, Aufwendungen für Heizung, Energie, Wasser/Abwasser).

Den erhöhten Unterhaltungsaufwendungen im Bereich der Bundes- und Landesstraßen stehen höhere Erträge aus Sondermitteln des Bundes und des Landes u. a. für Straßenausstattung, Fahrbahnmarkierungen und Blindenleittechnik gegenüber. Darüber hinaus entstanden Mehraufwendungen durch Schadstellensanierungen an Landesstraßen, die unabhängig von der Unwetterkatastrophe im Mai 2016 notwendig waren, sowie durch die endgültige Abrechnung von Bauvorhaben aus 2015. Die Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Unwetterkatastrophe sind im Sonderergebnis enthalten.

Im Bereich der Abfallwirtschaft waren Wenigeraufwendungen bei den Kosten der Müllabfuhr, den Nachsorgekosten und den Sanierungskosten der Altdeponie zu verzeichnen. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei der Entsorgung von Baum- und Strauchschnitt.



15. Planmäßige Abschreibungen

Plan: 11.040.540,00 €

Ist: 11.309.110,03 €

Die gebuchten Abschreibungen setzen sich zusammen aus

a) Abschreibungen auf Anlagevermögen 10.452.092,19 €

Die Abschreibungen entsprechen dem Planansatz. Wenigeraufwendungen beim CentrumMensch und den Kreisstraßen stehen Mehraufwendungen bei den Gemeinschaftsunterkünften gegenüber.

b) Abschreibungen auf Forderungen 226.493,05 €

Diese Position enthält Abschreibungen auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit, wegen befristeter Niederschlagung, wegen unbefristeter Niederschlagung und wegen Pauschalwertberichtigung (siehe auch Ausführungen zur Forderungsbewertung Seite 44f.).

c) Abschreibungen auf Finanzvermögen 0,00 €

Abschreibungen auf Finanzvermögen waren im Berichtsjahr nicht erforderlich.

d) Abschreibungen auf Sonderposten 630.524,79 €

Die Summe der Abschreibungen auf Sonderposten ergibt sich aus folgenden Abschreibungen auf Investitions- und Tilgungszuschüsse:

- Investitionszuschuss an das DRK (Integrierte Leitstelle)	41.346,64 €
- Tilgungszuschuss an das Krankenhaus Crailsheim	436.107,63 €
- Baukostenzuschuss Telekomgebäude Crailsheim	36.403,85 €
- Baukostenzuschuss Klinikum Crailsheim	116.666,67 €

16. Zinsen, Gewährung von Darlehen und ähnliche Aufwendungen

Plan: 991.800,00 €

Ist: 856.088,12 €

Die Zinsaufwendungen lagen insgesamt rund 136 T€ unter dem Planansatz. Ursächlich hierfür ist zum einen die anhaltende Niedrigzinsphase. Des Weiteren erfolgte die Aufnahme von Krediten später als geplant, Kassenkredite wurden in geringerem Umfang in Anspruch genommen.

17. Transferaufwendungen

Plan: 104.384.120,00 €

Ist: 113.421.922,31 €

Planmäßig entwickelt haben sich die Zuweisungen und Zuschüsse an Zweckverbände/ übrige Bereiche (u. a. ÖPNV, Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken, Fachhochschule SHA,



Jahresabschluss 2016

Kulturstiftung Hohenlohe, Hohenloher Freilandmuseum, Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg, Landschaftserhaltungsverband, Regionalverband Franken, Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken, Zweckverband Wasserversorgung und Wasserverbände Kocher-Lein, Fichtenberger Rot und Obere Jagst).

Die Zuschüsse an das Klinikum Crailsheim liegen rund 1,36 Mio. € über dem Plan. Neben dem geplanten Defizitausgleich i. H. v. 950 T€ wurden Anfang 2017 aufgrund des positiven Ergebnisses 2016 weitere Auszahlungen und Rückstellungen für den Defizitausgleich des Klinikums auf das Haushaltsjahr 2016 gebucht.

Die Mehrausgaben stammen überwiegend aus dem Sozialen Bereich. Die Hilfen für junge Menschen und ihre Familien lagen rund 5,18 Mio. € über dem Plan. Dies hängt vorwiegend mit höheren Aufwendungen in der Heimerziehung, höheren Heimkosten aufgrund von Pflegesatzsteigerungen und insgesamt steigenden Fallzahlen zusammen. Weitere Mehraufwendungen entstanden für die Inklusion (Schulbegleitung für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche) sowie bei den ambulanten Hilfen zur Erziehung aufgrund tariflohnbedingter Budgetanpassungen bei den freien Trägern. Den gestiegenen Kosten im Bereich der Eingliederungshilfe/ Hilfen für junge Volljährige stehen in geringerem Umfang gestiegene Kostenerstattungen entgegen. Der Bereich Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII lag rund 2,947 Mio. € über dem Planansatz, wobei die Nettoaufwendungen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung i. H. v. 10,212 Mio. € vollständig vom Bund erstattet werden. Die Mehraufwendungen resultieren im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (+1,03 Mio. €): bei der Eingliederungshilfe „außerhalb von Einrichtungen“ aufgrund der konsequenten Anwendung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ sowie der Fallzahlen- und Kostensteigerungen; bei der Eingliederungshilfe „innerhalb von Einrichtungen“ aufgrund von Fallzuwächsen, gestiegenen Entgelten und kostenintensiven Sondergruppen. Die Hilfen zum Lebensunterhalt lagen rund 1,5 Mio. € über dem Plan, die Hilfen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöhten sich um ca. 539 T€, die Hilfen zur Pflege lagen knapp 72 T€ unter dem Planansatz. Grund für diese Abweichungen ist, dass seit Herbst 2015 Barbetrag und Bekleidungsgehalt für Bewohner stationärer Einrichtungen nicht mehr bei der Eingliederungshilfe und bei den Hilfen zur Pflege verbucht werden, sondern bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. Dies wurde bei der Haushaltsplanung 2016 noch nicht berücksichtigt. Mehraufwendungen in der Hilfe zur Pflege entstanden aus der Umsetzung des Rahmenvertrages, in dem eine deutliche Erhöhung der Pflegepersonalkostenschlüssel festgelegt wurde. In den Vergütungsverhandlungen wurden die Mehrkosten, die sich aus der Umsetzung ergeben, gefordert, was zu einer prozentualen Steigerung der Vergütungssätze im zweistelligen Bereich führte.

Im Bereich der Hilfen für Flüchtlinge (u. a. Grundleistungen, Leistungen bei Krankheit und Schwangerschaft, Sachleistungen) mussten rund 227 T € weniger Aufwendungen als geplant aufgebracht werden (12,72 Mio. € statt geplanten 12,99 Mio. €).

Eine Gegenüberstellung der geplanten und tatsächlichen Erträge/Aufwendungen enthält die Ausführungen zum Teilhaushalt 4, ab Seite 23.



18. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Plan: 31.319.360,00 €

Ist: 32.039.536,76 €

Die beiden größten Posten in diesem Bereich bilden der Nahverkehr mit den Aufwendungen für die Schülerbeförderung (Aufwand 2016: 11,2 Mio. €) und die Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II, dem sog. Hartz IV (diese Kosten lagen ca. 447 T€ über dem Planansatz).

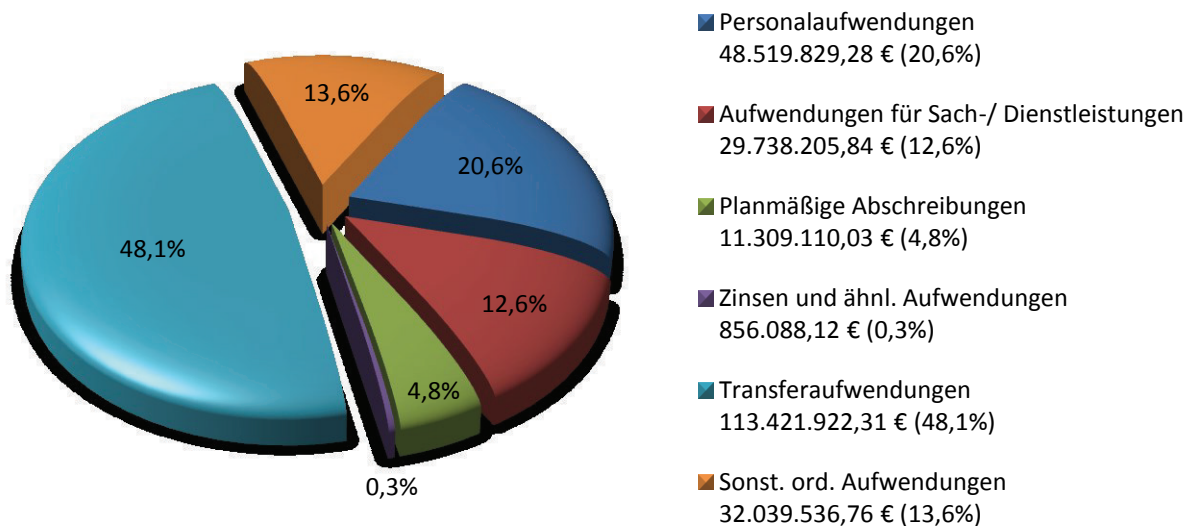
Weitere Positionen sind die allgemeinen Geschäftsaufwendungen, Steuern/ Versicherungen/ Schadensfälle, Rechts- und Beratungskosten, Projekte des Amts für Migration und des Amts für Wirtschafts- und Regionalmanagement, Aufwendungen im Rahmen der Lernfabrik 4.0 sowie Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit (Kreistag).

19. Summe ordentliche Aufwendungen

Plan: 222.468.840,00 €

Ist: 235.884.692,34 €

Ordentliche Aufwendungen





20. Ordentliches Ergebnis

Plan: 9.630.600,00 €
Ist: 10.783.440,31 €

21. außerordentliche Erträge

Plan: 0,00 €
Ist: 1.493.029,75 €

Bei den außerordentlichen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Schadensersatzleistungen. Davon entfallen 1,455 Mio. € auf Erstattungen des Landes für die Beseitigung von Unwetterschäden, die im Mai 2016 an Landesstraßen entstanden sind. Des Weiteren entstanden außerordentliche Erträge durch den Verkauf von beweglichem Anlagevermögen über Buchwert (17.479,75 €).

22. außerordentliche Aufwendungen

Plan: 0,00 €
Ist: 1.748.710,69 €

Die außerordentlichen Aufwendungen bestehen mit rund 1,74 Mio. € hauptsächlich aus Aufwendungen im Zusammenhang mit der Unwetterkatastrophe im Mai 2016 (u. a. Verwendung der Landesmittel für Aufräumarbeiten, Beseitigung und Entsorgung von Schutt sowie Instandsetzung der beschädigten Landesstraßen und Aufräumarbeiten sowie Erdbeben-Sanierungen an Kreisstraßen). Ungefähr 8.850 € entfallen auf Aufwendungen durch den Verkauf von beweglichem Anlagevermögen unter Buchwert.

23. Sonderergebnis

Plan: 0,00 €
Ist: -255.680,94 €

24. Gesamtergebnis

Plan: 9.630.600,00 €
Ist: 10.527.759,37 €

Verwendung des Gesamtergebnisses siehe „Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses“ (Seite 8).



3.4 Nettoressourcenverbrauch der Teilhaushalte

Teilhaushalt 1 – Innere Verwaltung

Kurzbeschreibung

Der Teilhaushalt 1 umfasst die Steuerung und Steuerungsunterstützung, also die Kreisräte, den Landrat, die Rechnungsprüfung, das Controlling und den Personalrat. Außerdem sind hier die internen Serviceleistungen, wie Haupt- und Personalamt, Kämmerei, Kommunalaufsicht und Öffentlichkeitsarbeit enthalten.

Ressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	8.230.035 €	8.305.501 €	8.816.180 €	510.680 €
Sachaufwand	5.826.709 €	5.890.430 €	5.568.894 €	-321.536 €
kalkulatorischer Aufwand	4.460.856 €	4.695.247 €	4.836.812 €	141.565 €
Erträge	2.226.042 €	2.302.780 €	2.277.059 €	-25.721 €
kalkulatorische Erträge	15.243.497 €	15.321.402 €	15.976.703 €	655.301 €
Nettoressourcenbedarf	1.048.062 €	1.266.995 €	968.124 €	-298.871 €

Erläuterungen

Die Abweichung beim Personalaufwand im THH 1 resultiert aus der zentral veranschlagten pauschalen Kürzung i. H. v. 500 T€.

Die Verringerung beim Sachaufwand resultiert im Wesentlichen aus niedrigeren Abschreibungen beim CentrumMensch (ca. -302 T€), aus geringeren Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen (Heizung -75 T€, Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen -42 T€) und niedrigeren sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Rechts- und Beratungskosten -45 T€, Beziehungen zu anderen Kreisen -50 T€, AMIF Flüchtlinge -125 T€). Aufwendungen für Integrationsförderung wurden im THH 1 veranschlagt, aber im THH 4 verbucht (Wenigeraufwendung im THH 1 von 160 T€). Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen im Bereich der Abschreibungen auf Forderungen (+174 T€), aus höheren Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen (EDV +77 T€, bezogene Leistungen/Waren +64 T€) und höheren Kosten für Leistungen des Rechenzentrums (+133 T€).

Höhere Erträge ergaben sich bei den Säumniszuschlägen/Mahngebühren (ca. +98 T€), bei der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (ca. +40 T€) und bei den Erträgen aus Verkauf (+51 T€). Bei den Bußgeldern wurden rund 190 T€ weniger eingenommen als geplant.



Teilhaushalt 2 – Sicherheit und Ordnung

Kurzbeschreibung

Dieser Teilhaushalt umfasst den Bereich Ordnungs- und Verkehrswesen, Staatsangehörigkeitsrecht und Ausländerwesen, das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, den Brand- und Katastrophenschutz und außerdem den Bereich Statistik und Wahlen.

Ressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	5.123.924 €	5.813.933 €	5.338.413 €	-475.520 €
Sachaufwand	2.170.226 €	2.297.160 €	2.394.877 €	97.717 €
kalkulatorischer Aufwand	1.638.643 €	1.594.736 €	1.709.997 €	115.261 €
Erträge	5.942.145 €	5.744.370 €	5.847.015 €	102.645 €
kalkulatorische Erträge	30.103 €	19.506 €	26.461 €	6.955 €
Nettoressourcenbedarf	2.960.544 €	3.941.954 €	3.569.812 €	-372.142 €

Erläuterungen

Zur Verbesserung bei den Personalaufwendungen wird auf die Ausführungen zu Punkt 12 der Gesamtergebnisrechnung (Seite 14) verwiesen.

Die Mehraufwendungen beim Sachaufwand resultieren hauptsächlich aus höheren sonstigen ordentlichen Aufwendungen für Leistungen des Rechenzentrums (+43 T€) und den Betrieb der Leitstelle (+64 T€). Beim Bürobedarf ergaben sich Wenigeraufwendungen von ca. 43 T€.

Höhere Erträge stammen überwiegend aus den dem Landkreis überlassenen Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde im Bereich Verkehrswesen/Zulassungsstelle (u. a. Zulassungsgebühren, Straßenverkehrsrecht und Schwerlasttransporte i. H. v. 75 T€) und Ordnungswesen (u. a. Gaststättenerlaubnisse, Waffenkontrollen und Gewerbeerlaubnisse i. H. v. 110 T€). Im Bereich der Fleischhygiene führte eine Gebührensenkung beim Schlachthof Crailsheim zu Wenigererträgen von rund 129 T€.



Teilhaushalt 3 – Bildung und Kultur

Kurzbeschreibung

Der Teilhaushalt 3 enthält alle Schulen des Landkreises: Berufliche Schulen, Sonderschule und -kindergarten und die Schulen für Sprachbehinderte; außerdem das Kreisarchiv sowie Zuschüsse und Mitgliedschaften (z.B. Hohenloher Freilandmuseum).

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	1.860.302 €	1.999.985 €	1.813.647 €	-186.338 €
Sachaufwand	8.110.155 €	6.916.940 €	6.320.337 €	-596.603 €
kalkulatorischer Aufwand	2.225.636 €	2.338.027 €	2.154.421 €	-183.606 €
Erträge	5.723.366 €	5.858.790 €	6.003.301 €	144.511 €
kalkulatorische Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
Nettoressourcenbedarf	6.472.727 €	5.396.162 €	4.285.105 €	-1.111.058 €

Erläuterungen

Zur Verbesserung bei den Personalaufwendungen wird auf die Ausführungen zu Punkt 12 der Gesamtergebnisrechnung (Seite 14) verwiesen.

Beim Sachaufwand sind Wenigeraufwendungen von ca. 317 T€ im Bereich der Schulen (Lernmittel, bezogene Leistungen/Waren, Lernfabrik 4.0), für EDV (-131 T€) und für Heizung (-85 T€) zu verzeichnen. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen für Gebäudereinigung von 51 T€.

Höhere Erträge ergaben sich bei den Sachkostenbeiträgen (rund 247 T€). Weniger Erträge als geplant fielen bei der Auflösung der Sonderposten an (überwiegend Fördermittel z. B. für energetische Sanierung).



Teilhaushalt 4 – Jugend, Soziales und Gesundheit

Kurzbeschreibung

Im Teilhaushalt 4 sind die Transferleistungen abgebildet. Sie beinhalten die Sozialen Hilfen, das Jugendamt, Asylbewerberleistungen und Wohnheime. Weiterer Inhalt sind das Gesundheitsamt und die Zuweisungen an das Klinikum Crailsheim und den Regiebetrieb.

Die Sozialhilfe umfasst die Grundversorgung sowie Hilfen nach SGB XII mit Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; außerdem die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (Leistungen für Unterkunft und Heizung, Eingliederungsleistungen, Bildung und Teilhabe) und Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe beinhaltet die allgemeine Förderung junger Menschen in Form von Kinder- und Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Unterhaltsvorschussleistungen.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	11.873.479 €	13.368.019 €	13.992.386 €	624.367 €
Sachaufwand	104.815.203 €	110.039.820 €	125.056.700 €	15.016.880 €
kalkulatorischer Aufwand	4.520.675 €	4.716.078 €	5.564.978 €	848.900 €
Erträge	40.964.339 €	44.236.560 €	54.184.156 €	9.947.596 €
kalkulatorische Erträge	263.804 €	285.816 €	275.596 €	-10.220 €
Nettoressourcenbedarf	79.981.215 €	83.601.540 €	90.154.311 €	6.552.771 €

Erläuterungen

Die Mehraufwendungen beim Sachaufwand resultieren im Wesentlichen aus den um 13,774 Mio. € gestiegenen Aufwendungen im Sozialbereich (Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII 3,075 Mio. €; Hilfen für junge Menschen und ihre Familien 5,238 Mio. €) und im Bereich der Flüchtlinge (5,461 Mio. €). Dem gegenüber stehen höhere Erträge im Sozialbereich (Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII 3,93 Mio. €, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien 3,3 Mio. €) und im Bereich der Flüchtlinge (v. a. Erstattungen des Landes ca. 1,785 Mio. €).

Des Weiteren führte die Anpassung des Eigenkapitalanteils des Regiebetriebs in der Bilanz zu Erträgen aus Zuschreibungen in Höhe von 2,084 Mio. €.

In der nachfolgenden Aufstellung über die Produktgruppen sind einzelne Schwerpunkte ersichtlich.



Jahresabschluss 2016

Gegenüberstellung der geplanten und tatsächlichen Erträge/Aufwendungen im Teilhaushalt 4*

Produktgruppe	Bezeichnung	ordentliche Erträge	ordentliche Aufwendungen	Zuschussbedarf IST	Zuschussbedarf Plan
31	Soziale Hilfen				
3110	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	7.127.290,67 €	61.145.018,84 €	54.017.728,17 €	44.970.055,84 €
311008	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	8.085.527,66 €	244.528,80 €	-7.840.998,86 €	261.425,44 €
312001	Leistungen für Unterkunft und Heizung	6.874.016,49 €	14.542.559,56 €	7.668.543,07 €	7.254.813,24 €
312002	Eingliederungsleistungen SGB II	989.295,55 €	1.572.592,40 €	583.296,85 €	1.176.540,84 €
312003	Einmalige Leistungen SGB II	77.875,09 €	434.854,14 €	356.979,05 €	200.900,00 €
312006	Leistung für Bildung	0,00 €	255.039,37 €	255.039,37 €	260.500,00 €
313001	Hilfen für Flüchtlinge	13.393.628,68 €	15.201.577,81 €	1.807.949,13 €	4.446.466,08 €
3140	Soziale Einrichtungen	7.503.167,08 €	9.371.869,89 €	1.868.702,81 €	-4.009.166,76 €
3150	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (KOF)	669.059,10 €	756.585,58 €	87.526,48 €	152.650,08 €
3160	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	2.400,00 €	506.398,72 €	503.998,72 €	499.660,00 €
3170	Betreuungsleistungen	20,00 €	233.316,34 €	233.296,34 €	189.440,20 €
3180	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	0,00 €	547.792,68 €	547.792,68 €	391.886,96 €
318009	Flüchtlingssozialarbeit vorl. Unterbringung	0,00 €	199.445,78 €	199.445,78 €	0,00 €
318010	Förderung der Integration von Flüchtlingen	0,00 €	237.196,98 €	237.196,98 €	0,00 €
3190	Bildung und Teilhabe	2.847,13 €	347.328,08 €	344.480,95 €	449.069,80 €
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				
362001	Kinder- und Jugendarbeit	3.000,00 €	359.657,64 €	356.657,64 €	381.160,96 €
362002	Jugendsozialarbeit	123.623,35 €	494.374,28 €	370.750,93 €	486.724,12 €
3630	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	5.547.832,59 €	20.741.537,69 €	15.193.705,10 €	13.253.857,96 €
363001	Sozial- und Lebensberatung	0,00 €	377.045,39 €	377.045,39 €	397.939,56 €
363002	Förderung der Erziehung in der Familie	89.628,36 €	649.967,23 €	560.338,87 €	658.606,08 €
363004	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	1.200,00 €	595.556,19 €	594.356,19 €	600.147,56 €
363005	Beistandschaft/Amts Vormundschaft	0,00 €	658.043,49 €	658.043,49 €	581.206,08 €
363006	Einrichtungen für Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	93.818,51 €	1.140.794,43 €	1.046.975,92 €	999.098,12 €
365001	Tageseinrichtung für Kinder	0,00 €	130.782,60 €	130.782,60 €	180.000,00 €
365002	Kindertagespflege	423.786,92 €	844.040,12 €	420.253,20 €	399.669,84 €
365003	Finanzielle Förderung von Kindern	-3.773,03 €	1.184.706,03 €	1.188.479,06 €	1.083.788,28 €
3680	Kooperation und Vernetzung	44.944,34 €	252.513,20 €	207.568,86 €	196.493,24 €
3690	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	974.376,86 €	1.462.516,95 €	488.140,09 €	532.057,92 €
37	Schwerbehindertenrecht/Soziales Entschädigungsrecht				
3710	Schwerbehindertenrecht	447,50 €	623.423,17 €	622.975,67 €	631.370,16 €
3720	Soziales Entschädigungsrecht	0,00 €	3.776,90 €	3.776,90 €	7.070,00 €



Jahresabschluss 2016

Produktgruppe	Bezeichnung	ordentliche Erträge	ordentliche Aufwendungen	Zuschussbedarf IST	Zuschussbedarf Plan
41	Gesundheitswesen				
4110	Krankenhäuser	2.083.925,65 €	3.181.714,08 €	1.097.788,43 €	1.813.436,80 €
4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege	76.217,81 €	745.031,46 €	668.813,65 €	716.910,48 €
42	Sportförderung				
4210	Förderung des Sports	0,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €

* ohne Innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten



Teilhaushalt 5 – Infrastruktur

Kurzbeschreibung

Dieser Teilhaushalt enthält die Kreisplanung, das Vermessungs- und Flurneuordnungsamt, die Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, Tourismus, Baurecht und Denkmalschutz/-pflege und die Versorgung, außerdem alle Bereiche des Amtes für Straßenbau und Nahverkehr.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	9.756.878 €	10.177.335 €	9.838.361 €	-338.973 €
Sachaufwand	26.928.644 €	27.460.300 €	27.095.395 €	-364.905 €
kalkulatorischer Aufwand	6.486.260 €	6.668.881 €	6.292.724 €	-376.157 €
Erträge	28.787.637 €	27.402.350 €	28.197.441 €	795.091 €
kalkulatorische Erträge	172.528 €	295.522 €	226.573 €	-68.948 €
Nettoressourcenbedarf	14.211.617 €	16.608.644 €	14.802.467 €	-1.806.178 €

Erläuterungen

Zur Verbesserung bei den Personalaufwendungen wird auf die Ausführungen zu Punkt 12 der Gesamtergebnisrechnung (Seite 14) verwiesen.

Die Abweichungen in diesem Teilhaushalt haben ihre Ursache überwiegend im Bereich des Straßenbaus: Sondermittel des Bundes und des Landes für Straßenausstattung, Zubehör, Markierungsarbeiten und Blindenleittechnik führten zu Mehrerträgen von insgesamt ca. 470 T€. Den höheren Erträgen im Straßenbaubereich stehen höhere Unterhaltungsaufwendungen gegenüber (+771 T€); die Abschreibungen im Bereich der Kreisstraßen lagen unter dem Planansatz.

Die dem Landkreis überlassenen Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde (u. a. Baurecht, Vermessung) erhöhten sich um ca. 610 T€.



Teilhaushalt 6 – Umwelt

Kurzbeschreibung

Zum Teilhaushalt Umwelt gehören die Forst- und Landwirtschaft, der Gewässer-, Natur- und Arbeitsschutz, die Landschaftspflege und Umweltschutzmaßnahmen.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	7.074.420 €	7.568.680 €	7.069.330 €	-499.368 €
Sachaufwand	647.410 €	806.110 €	749.964 €	-56.146 €
kalkulatorischer Aufwand	1.958.014 €	1.931.643 €	1.950.118 €	18.474 €
Erträge	2.188.854 €	2.440.750 €	2.350.725 €	-90.025 €
kalkulatorische Erträge	109.912 €	100.409 €	92.935 €	-7.474 €
Nettoressourcenbedarf	7.381.078 €	7.765.292 €	7.325.751 €	-439.541 €

Erläuterungen

Zur Verbesserung bei den Personalaufwendungen wird auf die Ausführungen zu Punkt 12 der Gesamtergebnisrechnung (Seite 14) verwiesen.

Dem gegenüber stehen geringere Kostenersätze vom Land (Wenigererträge ca. 257 T€) im Rahmen der Spitzabrechnung. Höhere Erträge stammen überwiegend aus den dem Landkreis überlassenen Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde (u. a. Umweltschutzmaßnahmen, Gewässerschutz, Naturschutz).



Teilhaushalt 7 – Abfallwirtschaft

Kurzbeschreibung

Der Teilhaushalt 7 umfasst die Sammlung, Entsorgung und Verwertung von Abfällen und Wertstoffen aus Haushalten und Gewerbebetrieben im Landkreis Schwäbisch Hall.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	1.585.949 €	1.644.910 €	1.651.512 €	6.602 €
Sachaufwand	10.968.678 €	10.862.640 €	10.998.502 €	135.862 €
kalkulatorischer Aufwand	681.923 €	740.383 €	683.823 €	-56.560 €
Erträge	13.235.736 €	13.205.540 €	13.322.153 €	116.613 €
kalkulatorische Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
Nettoressourcenbedarf	814 €	42.392 €	11.684 €	-30.709 €

Sonderabschluss Abfallwirtschaft

Die Abfallwirtschaft wird als kostenrechnende Einrichtung im Kreishaushalt geführt.

Mehrerträgen im Bereich der Gebühreneinnahmen (+620 T€) und aus Verkaufserlösen (+194 T€) steht eine Rücklagenzuführung statt -entnahme (-1,197 Mio. €) und höherer Sachaufwand (u. a. Entsorgung von Baum- und Strauchschnitt +111 T€, geringere Entnahme Deponierückstellung -899 T€) entgegen. Geringerer Sachaufwand entstand u. a. bei den Kosten der Müllabfuhr (-366 T€), den Sanierungskosten (-308 T€) und den Nachsorgekosten (-128 T€).

Jahresergebnis der Abfallwirtschaft:

ordentliche Erträge	14.251.047,26 €
- ordentliche Aufwendungen	12.650.013,35 €
= ordentliches Ergebnis	1.601.033,91 €
- kalkulatorisches Ergebnis	683.823,11 €
= Nettoressourcenüberschuss/-bedarf	917.210,80 €
+ Sonderergebnis	20.683,85 €
+/- nicht gebührenfähige Aufwendungen/Erträge	-9.000,21 €
= Zuführung zu den Rückstellungen für ausgleichspflichtige Gebührenüberschüsse	928.894,44 €
Stand der Rückstellung zum 01.01.2016	1.051.244,51 €
+ Zuführung	928.894,44 €
Stand der Rückstellung zum 31.12.2016	1.980.138,95 €



Teilhaushalt 8 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Kurzbeschreibung

In diesem Teilhaushalt sind die allgemeinen Zuweisungen und Umlagen, die Steuern und die sonstige allgemeine Finanzwirtschaft enthalten.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abweichungen Plan-Ist 2016
Personalaufwand	0 €	0 €	0 €	0 €
Sachaufwand	8.367.391 €	9.317.060 €	9.180.193 €	-136.867 €
kalkulatorischer Aufwand	0 €	0 €	0 €	0 €
Erträge	127.456.450 €	130.908.300 €	134.486.282 €	3.577.982 €
kalkulatorische Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
Nettoressourcenüberschuss	119.089.058 €	121.591.240 €	125.306.089 €	3.714.849

Erläuterungen

Die Mehrerträge resultieren hauptsächlich aus höheren Schlüsselzuweisungen des Landes (+2,2 Mio. €) und höheren Erträgen bei der Grunderwerbsteuer (+1,236 Mio. €).

Die Einsparungen beim Sachaufwand resultieren aus niedrigeren Kreditzinsen (rund 136 T€, siehe auch Punkt 16 der Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung).



4 Finanzrechnung

Gesamtfinanzrechnung			
	<u>Haushaltsansatz</u>	<u>Ergebnis</u>	<u>Abweichung</u>
Einzahlungen	250.116.160,00 €	256.884.640,75 €	6.768.480,75 €
Auszahlungen	253.399.860,00 €	259.818.278,27 €	6.418.418,27 €
Änderung Finanzierungsmittelbestand	-3.283.700,00 €	-2.933.637,52 €	350.062,48 €

Ausführliche Gesamtfinanzrechnung siehe Anlage 2

4.1 Finanzquerschnitt nach Teilhaushalten

Finanzquerschnitt nach Teilhaushalten – Anteiliger Finanzierungsmittelbestand				
<u>THH</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Haushaltsansatz</u>	<u>Ergebnis</u>	<u>Abweichung</u>
1	Innere Verwaltung	-16.067.000,56 €	-13.203.712,80 €	2.863.287,76 €
2	Sicherheit und Ordnung	-1.940.373,32 €	-1.473.296,66 €	467.076,66 €
3	Bildung und Kultur	-2.223.905,12 €	-3.020.218,43 €	-796.313,31 €
4	Jugend, Soziales und Gesundheit	-94.413.478,88 €	-96.086.152,72 €	-1.672.673,84 €
5	Infrastruktur	-14.238.494,68 €	-10.845.783,61 €	3.392.711,07 €
6	Umwelt	-5.865.967,92 €	-5.467.552,68 €	398.415,24 €
7	Abfallwirtschaft	-5.196.539,52 €	-2.049.766,99 €	3.146.772,53 €
8	Allgemeine Finanzwirtschaft	136.662.060,00 €	129.212.846,37 €	-7.449.213,63 €
Änderung Finanzierungsmittelbestand zum Ende des Rechnungsjahres		-3.283.700,00 €	-2.933.637,52 €	350.062,48 €



Jahresabschluss 2016

4.2 Übersicht über alle Investitionen

Produktgruppe	Auftrag	Auftrag Kurztext	Kostenart Beschreibung	Plan 2016	Ist 2016
1120	Organisation und EDV				
	I11204100000	Erwerb bew. Vermögen Telefonanlage	Erweiterung Mediagateway		9.798,29
	I11204200000	Erwerb bew. Vermögen EDV	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	292.500,00	
	I11204200000	Erwerb bew. Vermögen EDV	DV-Software		22.000,00
	I11204200000	Erwerb bew. Vermögen EDV	Notebooks, Switche, Server Aufrüstung, etc.		61.313,46
	I11207100000	Investive Einzahlungen EDV	Gutschrift aus Notebook-Rückgabe		-1.169,10
1122	Finanzverwaltung				
	I11224100000	Erwerb bew. Vermögen Kasse/Beitreibung	Scanner		4.514,14
1124	Grundstücks- und Gebäudemanagement				
	I11241000000	Hochbau Landratsamt SHA	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	3.800.000,00	
	I11241100000	Hochbau Landratsamt CR	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	500.000,00	
	I11241900000	Hochbau Straßenmeistereien	Salzlagerrhallen SHA + CR		479.819,97
	I11245100000	Investitionszuwendungen LRA CR	Inv.zuw. für Wärmelieferung an Stadtwerke CR		104.186,88
1125	Fuhrpark				
	I11254000000	Erwerb bew. Vermögen Kraftfahrzeuge	2 Fahrzeuge		41.451,81
	I11258000000	Veräußerungserlöse Kraftfahrzeuge	Veräußerung Altfahrzeug		-3.600,00
1126					
	I11264000000	Erwerb bew. Vermögen Reg./Postst./Druck.	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	10.000,00	
	I11264200000	Erwerb bew. Vermögen Verkehr/Blitzer	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	60.000,00	
	I11264200000	Erwerb bew. Vermögen Verkehr/Blitzer	DV-Software OWIG-Modul		1.963,50
	I11264200000	Erwerb bew. Vermögen Verkehr/Blitzer	Geschwindigkeitsmeßanlage		37.461,50
1133	Grundstücksverkehr/Grundstücksverwaltung				
	I11331100000	Hochbau ehem. KKH Gaildorf	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	100.000,00	
	I11331100000	Hochbau ehem. KKH Gaildorf	baul. Veränderungen CentrumMensch		12.321,41
	I11331100000	Hochbau ehem. KKH Gaildorf	Elektro-Schnellkochkessel		9.787,56
1221	Verkehrswesen				
	I12214000000	Erwerb bew. Vermögen Zulassungsstelle	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	20.000,00	
1222	Staatsangehörigkeit/Ausländer				
	I12224000000	Erwerb bew. Vermögen Migration	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	4.000,00	
1226	Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
	I12264100000	Erwerb bew. Vermögen Fleischhygiene CR	Schaltschrank mit Geräteboden, Smart Ups		4.434,40
1260					
	I12605100000	Investitionszuwendungen Leitstelle	Digitale Alarmierung: Umbau Antennenanlage, Touch-PC Digitaler Alarmgeber, Inbetriebnahme		10.184,85
	I12606100000	Investitionszuweisungen Leitstelle	Digitale Alarmierung		-75.000,00
	I12606100000	Investitionszuweisungen Leitstelle	Investitionszu. von übrigen Bereichen	-250.000,00	-230.711,11
1280	Katastrophenschutz				
	I12804000000	Erwerb bew. Vermögen Katastrophenschutz	Lifebook + Port Replicator		1.272,98
21200102	Sonderschulkindergarten				
	I21204100000	Erwerb bew. Vermögen SonderschulKiga	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	3.200,00	
21200301	Fröbelschule				
	I21204000000	Erwerb bew. Vermögen Fröbelschule	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	7.000,00	
21200304	Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren				
	I21204200000	Erwerb bew. Vermögen Sprachheilsch. SHA	Vorleseystem, beheizter Speiseausgabewagen, Intelligenztestgerät		7.435,65
	I21204300000	Erwerb bew. Vermögen Sprachheilsch. CR	Notebook-Beamer-Koffertlösung mit Zubehör		3.295,00
2130	Berufliche Schulen				
	I21301100000	Hochbau Gewerbl. Schule SHA	energetische Sanierung G4		249.644,96
	I21301200000	Hochbau Gewerbl. Schule CR	energetische Sanierung G6		224.756,10
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	10.000,00	
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Schweißmaschine, Scheuersaugmaschine, Tischkreissäge, Kervenfräse, Handkreissäge, Schwenkfräse, 3 Furnierzusammensetzmaschinen, Betonmischer, Wasserkühlaggregat		66.739,92
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Oszilloskop		1.970,51
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Daten-Video-Projektoren, Visualizer, Leinwand, Server, Speicher, Plotter, PC's		43.577,81
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Fräßmaschine		43.370,15
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	31.780,00	
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	Drehmaschinen, Industriesauger, Scherenhubtisch, Härteprüfmaschinen, 1-Komponenten-Kraftsensor, Universal Fräs- und Bohrmaschine, Geschirrspülmaschine		256.908,77
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	Echographen, Einbruchmeldeanlage (Ausbildungsanlage)		12.012,46
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	Beamer, Kopierer, interaktiver Flachbildschirm		18.671,27
	I21304200000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule SHA	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	89.180,00	
	I21304200000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule SHA	Fadenstrahlrohr m. Helmholtzspulen		2.228,95
	I21304200000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule SHA	Interaktive Wand, Visualizer, Daten-Video-Projektoren, Drucker		21.882,79
	I21304300000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule CR	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	31.100,00	
	I21304300000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule CR	Lounge-HiBack Sofas, Defibrillator mit Wandschrank, Tablet-PC's		11.469,26



Jahresabschluss 2016

Produktgruppe	Auftrag	Auftrag Kurztext	Kostenart Beschreibung	Plan 2016	Ist 2016
	I21304400000	Erwerb bew. Vermögen SES SHA	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	30.000,00	
	I21304400000	Erwerb bew. Vermögen SES SHA	Tiefkühlbox, Tablets, Server, Messgeräte, Digitales Schulinformationssystem (DSB)		29.183,54
	I21304500000	Erwerb bew. Vermögen EGS CR	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	43.100,00	
	I21304500000	Erwerb bew. Vermögen EGS CR	Monitor, Bildschirm, Vitrine		3.671,95
	I21304900000	Erwerb bew. Vermögen Lernfabrik 4.0	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	900.000,00	
	I21304900000	Erwerb bew. Vermögen Lernfabrik 4.0	Lizenzen		5.922,19
	I21304900000	Erwerb bew. Vermögen Lernfabrik 4.0	Server, Software		114.692,20
	I21304900000	Erwerb bew. Vermögen Lernfabrik 4.0	Blech-Biegemaschine, Lasermaschine, Abfüllanlage, Wasserbox, Lasergasversorgungssystem		596.058,53
	I21304900000	Erwerb bew. Vermögen Lernfabrik 4.0	Koordinationsmessgerät, Industrieroboter		99.528,03
	I21304900000	Erwerb bew. Vermögen Lernfabrik 4.0	Server, Serverschränke, Erweiterung EDV-Ausstattung Lernfabrik		232.220,17
	I21305100000	Investitionszuwendungen BSZ CR Wärmever	Inv.zuw. für Wärmelieferung an Stadtwerke CR		169.989,12
	I21306100000	Investitionszuweis. Gewerbl. Schule CR	Spende für Übungsfahrzeug		-10.000,00
	I21306600000	Investitionszuweis. Sportstätten	Rückzahlung Investitionszuw. Sporthalle S2 (Anteil nicht förderfähige Kosten)		9.000,00
	I21306900000	Investitionszuweis. Lernfabrik 4.0	Zuschuss Lernfabrik 4.0	-500.000,00	-352.505,58
	I21308700000	Gew Schule CR - Rückz überz Bausausgaben	Rückzahlung wg. Überzahlung G6 BSZ CR		-768,92
3140	Soziale Einrichtungen				
	I31401000000	Hochbau Wohnheime	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	15.000.000,00	
	I31401000000	Hochbau Wohnheime	Vermessung Grundstücke Wohnheim Crailsheim		2.042,55
	I31401000000	Hochbau Wohnheime	Erwerb von Grundstücken		231.503,55
	I31401000000	Hochbau Wohnheime	Kauf und Bau von Gemeinschaftsunterkünften		12.879.565,62
	I31404000000	Erwerb bew. Vermögen Unterkünfte	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	70.000,00	
	I31404000000	Erwerb bew. Vermögen Unterkünfte	Beschaffung von Fahrzeugen und Anhängern		80.028,42
	I31404000000	Erwerb bew. Vermögen Unterkünfte	Kühlschränke, Briefkastenanlagen		19.792,70
	I31404100000	Erwerb Verm. Unterkunftsverwaltung	Lizenz Flüchtlingsmanagement		17.720,83
	I31408000000	Veräußerungserlöse Wohnheime	Verkauf Altfahrzeug		-3.940,00
4110	Krankenhäuser				
	I41105000000	Investitionszuwendungen KKH Crailsheim	Investitionszu. an verb. Unternehmen, Be	1.436.100,00	
	I41105000000	Investitionszuwendungen KKH Crailsheim	Investitionszuschuss und Tilgungersatz KKH CR, Investitionszuschuss ehem. Telekomgebäude CR		1.670.352,03
4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege				
	I41404000000	Erwerb bew. Vermögen Gesundheitsamt	Sehtestgerät		4.748,10
5111	Vermessungswesen				
	I51114000000	Erwerb bew. Vermögen Vermessungsamt	Lizenzen		14.280,00
	I51114000000	Erwerb bew. Vermögen Vermessungsamt	Vermessungslösung: Robotic-Totalstation		36.057,00
5370	Abfallwirtschaft				
	I53701000000	Hochbau Entsorgungsanlage	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	100.000,00	
	I53701000000	Hochbau Entsorgungsanlage	Planung Vergärungsanlage Obersontheim		3.754,45
	I53702100000	Tiefbau Wertstoffhöfe	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	1.500.000,00	
	I53702100000	Tiefbau Wertstoffhöfe	Baumaßnahmen Wertstoffhöfe + Häckselplätze		571.804,59
	I53702200000	Tiefbau Entsorgungszentren	Toranlage, Lichtmasten, Abwurfwände EZ Hasenbühl, Teileinzäunung Häckselplatz Onolzheim		39.209,80
	I53704300000	Erwerb bew. Vermögen Wertstoffhöfe	Fahrzeuerverwerb		21.500,00
	I53704300000	Erwerb bew. Vermögen Wertstoffhöfe	Lichtsignalanlage mit Batteriewagen		1.496,90
	I53704300000	Erwerb bew. Vermögen Wertstoffhöfe	Grüngut-Absetzmulden, Absetzmulden		25.806,34
	I53704400000	Erwerb bew. Vermögen Entsorgungszentren	2 Mobilbagger		81.396,00
	I53704400000	Erwerb bew. Vermögen Entsorgungszentren	Hochdruckreiniger		3.571,81
	I53708000000	Veräußerungserlöse Wertstoffhöfe	Verkauf Bagger		-7.140,00
5420	Kreisstraßen				
	I54200000000	Erwerb von Grundstücken - Kreisstraßen	verschiedene Grundstücke für Straßenbaumaßnahmen		33.536,00
	I54200000000	Erwerb von Grundstücken - Kreisstraßen	Geldausgleich Flurbereinigung	90.000,00	2.634,00
	I54202000000	Tiefbau Kreisstraßen	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	8.690.000,00	
	I54202000000	Tiefbau Kreisstraßen	Grunderwerb (1 m²) für Neubau Geh- und Radweg Geifertshofen - Unterfischach		3,00
	I54202000000	Tiefbau Kreisstraßen	Tiefbaumaßnahmen insgesamt, davon:		4.546.512,34
			<i>K2664 UD Dünsbach - Leofels</i>		760.413,42
			<i>Baumaßnahme barrierefreie Bushaltestellen</i>		96.279,10
			<i>K2641 Umgehung Jagstheim (Neubau Querstange)</i>		20.140,69
			<i>K2523 UD Engelhardshausen - Wiesenbach</i>		416.987,04
			<i>K2628 UD Kammerstatt - L1060</i>		98.079,90
			<i>K2532 UD Brettheim - Wiesenbach</i>		136.982,52
			<i>K2665 DV L2218 - Tüngental</i>		250.699,74
			<i>K2674 UD Marhördt - L1050 (Badhaus)</i>		525.043,77
			<i>K2636 DV Kreisgrenze - Rübgarten</i>		140.876,01
			<i>K2512 UD B290 - Schainbach</i>		340.467,50
			<i>K2664 UD Leofels - Dörmenz</i>		367.383,14
			<i>K2664 UD Dörmenz - Lendsiedel</i>		535.373,86
			<i>K2599 UD Einkorn - Herlebach</i>		479.659,92
			<i>K2509 UD Gaggstatt - K2510</i>		80.000,00
			<i>K2509 Ausbau OD Gaggstatt</i>		40.000,00
			<i>K2509 Vereinf. Umlegung OD Gaggstatt</i>		40.000,00
			<i>Kleinmaßnahmen, Straßenausstattung</i>		218.125,73



Jahresabschluss 2016

Produktgruppe	Auftrag	Auftrag Kurztext	Kostenart Beschreibung	Plan 2016	Ist 2016
	154202000000	Tiefbau Kreisstraßen	K2674 UD Marhördt - L1050 (Badhaus), Akt. Eigenleistungen Arbeiten SM Gaildorf		9.789,30
	154202100000	K 2576 Ausbau zwischen B 14 u.B 19	Entwicklungspflege, H2-Prüfung, Erstattungen Kostenanteile Stadt SHA/ Eigenbetrieb Wasserversorgung		-94.426,27
	154208100000	Kreisstraßen - Rückz überz Bausausgaben	Abrechnung Erstattung Kostenanteile Stadt SHA K2576	-500,00	-83.559,99
	154204000000	Erwerb bew. Vermögen Straßenbauamt	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	10.000,00	
	154204000000	Erwerb bew. Vermögen Straßenbauamt	Telefonanlage		5.729,18
	154204100000	Erwerb bew. Vermögen Gem. Straßenunterh.	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	750.000,00	
	154204100000	Erwerb bew. Vermögen Gem. Straßenunterh.	Unimogs, Mehrzwecktransporter, Anhänger, LKW mit Ladekran und Streugerät		666.134,75
	154204100000	Erwerb bew. Vermögen Gem. Straßenunterh.	Trackingsysteme, Biologische Teilreiniger, Hochdruckreiniger, Kombihammer, Vibrationsplatten, Lichtsignalanlage, Notstromaggregat, Kältspritzmaschinen, u. a.		133.585,68
	154204100000	Erwerb bew. Vermögen Gem. Straßenunterh.	Signalanlage mit Akku		3.288,68
	154204100000	Erwerb bew. Vermögen Gem. Straßenunterh.	Wasserfässer		12.640,06
	154205000000	Investitionszuwendungen Kreisstraßen	Investitionszu. an Kommunen	90.000,00	
	154206000000	Investitionszuweisungen Kreisstr Land	Investitionszu. vom Land	-2.440.000,00	
			Sonderprogramm Barrierefreiheit		-100.000,00
	154206100000	Investitionszuweisungen Kreisstraßen Gde	Kostenerstattung Kirchberg/J. Ausbau OD Gaggsstatt		-8.000,00
	154206300000	Investitionszuweis GemStraßenunterh Bund	Investitionszu. vom Bund f. Fahrzeuge u. Geräte	-75.950,00	-76.164,00
	154206500000	Investitionszuweis GemStraßenunterh Land	Investitionszu. vom Land	-64.350,00	-64.350,00
	154208000000	Veräußerungserlöse Kreisstraßen	Grundstücksveräußerungen	-1.000,00	-4.014,00
	154208200000	Kreisstraßen-Rückz überz Grunderw.kosten	Einzahlungen aus der Abw. von Baumaßn.	-500,00	
	154208300000	Veräußerungserlöse Gem. Straßenunterh.	Veräußerung von 2 Aufsatzstreuern	-10.000,00	-4.200,00
5550	Forstwirtschaft				
	155504000000	Erwerb bew. Vermögen Forstamt	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	40.000,00	
	155504500000	Erwerb bew. Vermögen Forstamt	Fahrzeuge		43.998,74
	155508000000	Veräußerungserlöse Forstamt	Veräuß. imm.+bewegl. Verm.g.	-6.000,00	
	155508100000	Veräußerungserlöse Forstamt	Verkauf Altfahrzeuge		-14.047,06
5551	Landwirtschaft				
	155514000000	Erwerb bew. Vermögen Landwirtschaftsamt	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	10.000,00	
	155514000000	Erwerb bew. Vermögen Landwirtschaftsamt	Fahrzeug		19.738,17
	155514000000	Erwerb bew. Vermögen Landwirtschaftsamt	Switche		20.310,85
5610	Umweltschutzmaßnahmen				
	156104000000	Erwerb bew. Vermögen Umweltschutzamt	Schall- und Schwingungsanalysator		7.341,11

Bei den Zahlen mit vorangestelltem Minus handelt es sich um Einzahlungen (Zuschüsse, Erstattungen, Ersätze, Beteiligungen, Verkaufserlöse).



Jahresabschluss 2016

4.3 Anlagenübersicht

	Stand des Vermögens zum 1.1.2016	Vermögensveränderungen				Stand des Vermögens zum 31.12.2016
		Abschreibungen im Jahr 2016	Zugänge im Jahr 2016	Abgänge im Jahr 2016	Umbuchungen im Jahr 2016	
AKTIVA						
1. Vermögen	246.114.645,18 €	10.452.092,19 €	22.428.070,23 €	31.021,13 €	- €	258.059.602,09 €
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	284.756,01 €	99.428,09 €	176.578,72 €	- €	- €	361.906,64 €
1.2 Sachvermögen	245.829.889,17 €	10.352.664,10 €	22.251.491,51 €	31.021,13 €	- €	257.697.695,45 €
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	775.101,35 €	1.979,86 €	- €	- €	- €	773.121,49 €
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	66.969.637,62 €	3.600.880,36 €	6.612.030,29 €	- €	1.543.557,22 €	71.524.344,77 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	167.416.967,81 €	5.100.191,17 €	3.318.656,34 €	4.014,00 €	1.828.119,03 €	167.459.538,01 €
1.2.4 Bauten auf fremden Grund	14.049,29 €	4.489,61 €	180.636,05 €	- €	12.278,49 €	177.917,24 €
1.2.5 Kunstgegenstände, Kultur	1.800,00 €	- €	- €	- €	- €	1.800,00 €
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	6.438.671,36 €	1.181.340,47 €	2.227.430,69 €	26.951,08 €	1.172,59 €	7.458.983,09 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.682.779,51 €	463.782,63 €	703.250,75 €	56,05 €	11.840,90 €	1.934.032,48 €
1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	2.530.882,23 €	- €	9.209.487,39 €	- €	3.372.411,25 €	8.367.958,37 €
2. Abgrenzungsposten	7.861.718,81 €	630.524,79 €	1.944.528,03 €	- €	- €	9.175.722,05 €
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	7.861.718,81 €	630.524,79 €	1.944.528,03 €	- €	- €	9.175.722,05 €
PASSIVA						
2. Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen	80.204.281,94 €	2.807.781,48 €	899.730,69 €	- €	- €	78.296.231,15 €
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen	80.204.281,94 €	2.807.781,48 €	899.730,69 €	- €	- €	78.296.231,15 €



Jahresabschluss 2016

4.4 Schuldenübersicht

Art der Schulden	Gesamt- betrag am 01.01. des Haushalts- jahres ¹⁾	Gesamt- betrag zum 31.12. des Haushalts- jahres	davon Tilgungszahlungen mit einem Zahlungsziel			Mehr (+) weniger (-) ⁵⁾	
			bis zu 1 Jahr ²⁾	über 1 bis 5 Jahre ³⁾	mehr als 5 Jahre ⁴⁾		
Euro							
1	2	3	4	5	6	7	
1.1	Anleihen						
1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	34.334.758,96	38.311.711,53	2.850.510,06	9.933.576,79	25.527.624,68	3.976.952,57
1.2.1	Bund						
1.2.2	Land						
1.2.3	Gemeinden und Gemeindeverbände						
1.2.4	Zweckverbände und dergleichen						
1.2.5	Kreditinstitute	511.280,00	383.460,00	127.820,00	255.640,00	-	- 127.820,00
1.2.6	sonstige Bereiche ⁶⁾	33.823.478,96	37.928.251,53	2.722.690,06	9.677.936,79	25.527.624,68	4.104.772,57
1.3	Kassenkredite						
1.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						
1.	Gesamtschulden Kernhaushalt	34.334.758,96	38.311.711,53	2.850.510,06	9.933.576,79	25.527.624,68	3.976.952,57

nachrichtlich:

Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung (Angaben jeweils für einzelne Sondervermögen) ⁷⁾

Regiebetrieb Klinikimmobilien							
2.1	Anleihen						
2.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	11.934.043,83	19.497.936,20	854.989,20	4.197.949,00	14.444.998,00	7.563.892,37
2.3	Kassenkredite						
2.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						
2.	Gesamtschulden des Sondervermögens mit Sonderrechnung	11.934.043,83	19.497.936,20	854.989,20	4.197.949,00	14.444.998,00	7.563.892,37

Gesamtschulden von Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung ^{7) 8)}

3.1	Anleihen						
3.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	46.268.802,79	57.809.647,73	3.705.499,26	14.131.525,79	39.972.622,68	11.540.844,94
3.3	Kassenkredite						
3.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						
Zwischensumme 3.1 + 3.2 + 3.3 + 3.4		46.268.802,79	57.809.647,73	3.705.499,26	14.131.525,79	39.972.622,68	11.540.844,94
abzüglich Schulden zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung							
3.	Konsolidierte Gesamtschulden	46.268.802,79	57.809.647,73	3.705.499,26	14.131.525,79	39.972.622,68	11.540.844,94

¹⁾ entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

²⁾ Tilgungsraten im 1. Folgejahr

³⁾ Tilgungsraten im 2. bis 5. Folgejahr

⁴⁾ Tilgungsraten ab dem 6. Folgejahr

⁵⁾ Spalte 3 minus Spalte 2

⁶⁾ entspricht den Bereichen "Gesetzliche Sozialversicherung", "Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen", "Sonstige öffentliche Sonderrechnungen", "Sonstiger inländischer Bereich" und "Sonstiger ausländischer Bereich" nach Bereichsabgrenzung B

⁷⁾ einschließlich Sonderrechnungen nach § 59 GemHVO

⁸⁾ nicht verbindlich für Gemeinden, die für das Jahr einen Gesamtabschluss aufstellen

Anmerkung: Die Übersicht kann durch Einbezug weiterer Verbindlichkeiten ausgebaut werden.

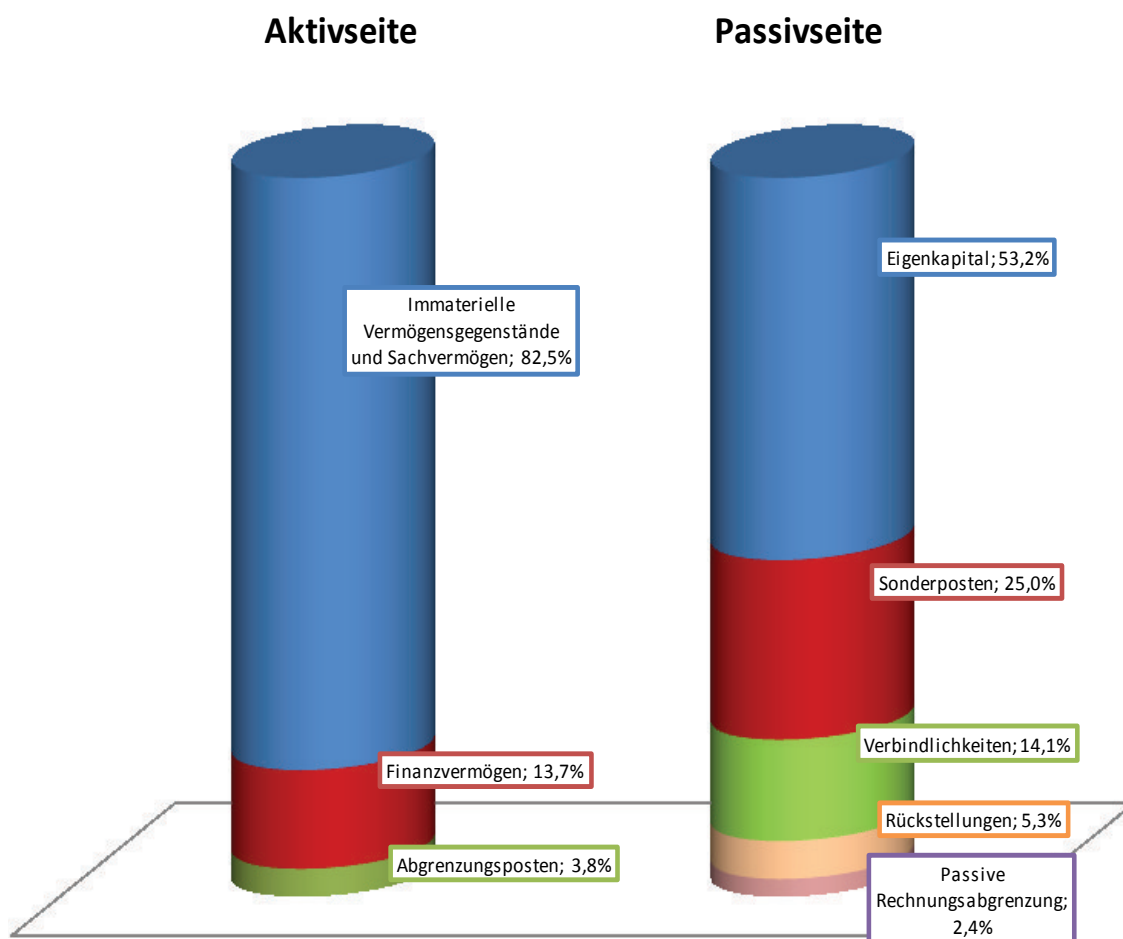
**5 Bilanz zum 31.12.2016**

Aktivseite		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
1.	Vermögen	304.249.863,96 €	301.484.071,53 €
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	284.756,01 €	361.906,64 €
1.2	Sachvermögen	246.303.945,72 €	258.135.852,45 €
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	775.101,35 €	773.121,49 €
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	66.969.637,62 €	71.524.344,77 €
1.2.3	Infrastrukturvermögen	167.416.967,81 €	167.459.538,01 €
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	14.049,29 €	177.917,24 €
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.800,00 €	1.800,00 €
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	6.438.671,36 €	7.458.983,09 €
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.682.779,51 €	1.934.032,48 €
1.2.8	Vorräte	474.056,55 €	438.157,00 €
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	2.530.882,23 €	8.367.958,37 €
1.3	Finanzvermögen	57.661.162,23 €	42.986.312,44 €
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	11.006.794,58 €	13.090.720,23 €
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	310.446,74 €	324.441,74 €
1.3.3	Sondervermögen	- €	- €
1.3.4	Ausleihungen	172.500,00 €	115.000,00 €
1.3.5	Wertpapiere (Sonstige Einlagen)	23.000.000,00 €	8.000.000,00 €
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	28.644.072,00 €	13.771.956,98 €
1.3.7	Privatrechtliche Forderungen	3.190.139,40 €	3.027.015,82 €
1.3.8	Liquide Mittel	- 8.662.790,49 €	4.657.177,67 €
2.	Abgrenzungsposten	10.935.553,19 €	11.927.420,43 €
2.1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.115.578,42 €	2.821.435,95 €
2.2	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	7.861.718,81 €	9.175.722,05 €
2.3	Verrechnungs-, Zwischenkonten	- 41.744,04 €	- 69.737,57 €
3.	Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	- €	- €
Bilanzsumme		315.185.417,15 €	313.411.491,96 €



Jahresabschluss 2016

Passivseite		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
1.	Eigenkapital	156.291.864,16 €	166.819.623,53 €
1.1	Basiskapital	141.562.862,20 €	154.162.446,26 €
1.2	Rücklagen	14.729.001,96 €	12.657.177,27 €
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	14.729.001,96 €	12.657.177,27 €
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	- €	- €
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	- €	- €
1.3	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	- €	- €
1.3.1	Fehlbeträge aus Vorjahren	- €	- €
1.3.2	Jahresfehlbetrag, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnissrücklagen nicht möglich ist	- €	- €
2.	Sonderposten	80.204.281,94 €	78.296.231,15 €
2.1	für Investitionszuweisungen	80.204.281,94 €	78.296.231,15 €
2.2	für Investitionsbeiträge	- €	- €
2.3	für Sonstiges	- €	- €
3.	Rückstellungen	18.783.649,40 €	16.526.331,96 €
3.1	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	1.614.689,89 €	913.429,19 €
3.2	Unterhaltungsvorschussrückstellungen	1.173.964,86 €	1.292.330,41 €
3.3	Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	12.255.863,42 €	8.906.933,41 €
3.4	Gebührenüberschussrückstellungen	1.051.244,51 €	1.980.138,95 €
3.5	Altlastensanierungsrückstellungen	- €	- €
3.6	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen	- €	- €
3.7	Sonstige Rückstellungen	2.687.886,72 €	3.433.500,00 €
4.	Verbindlichkeiten	41.217.143,24 €	44.290.817,93 €
4.1	Anleihen	- €	- €
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	34.334.758,96 €	38.311.711,53 €
4.3	Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	- €	- €
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.697.459,10 €	2.542.341,88 €
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	180.587,83 €	209.216,84 €
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	3.004.337,35 €	3.227.547,68 €
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	18.688.478,41 €	7.478.487,39 €
Bilanzsumme		315.185.417,15 €	313.411.491,96 €



Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre nach § 42 GemHVO

• vom Landkreis übernommene Bürgschaften	9.283.950,00 €
• Gewährleistungen	0,00 €
• Verpflichtungen aus Leasingverträgen	184.387,33 €
• in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	0,00 €
• übertragene Haushaltsermächtigungen	16.870.209,00 €
• nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen	6.804.930,00 €

Die aufgeführten Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre sind im Anhang ab Seite 68 erläutert.



5.1 Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

I Aktivseite

Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Verwendung des Vermögens auf. Sie gliedert sich in Immaterielles Vermögen, Sach- und Finanzvermögen. Zusätzliche Positionen sind die Abgrenzungsposten sowie die Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag).

1. Vermögen

Vermögensgegenstände sind selbstständig verwertbare und bewertbare Güter, die sich im wirtschaftlichen Eigentum einer Kommune befinden. Die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände erfolgt grundsätzlich nach Anschaffungs- und Herstellungskosten.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter den „Immateriellen Vermögensgegenständen“ sind alle werthaltigen, abgrenzbaren und unkörperlichen Vermögensgegenstände zu verstehen, die keine Sachen i. S. v. § 90 BGB sind. Sie müssen einzeln existent sein und selbstständig bewertet werden können. Es wird nur entgeltlich erworbenes immaterielles Vermögen aktiviert.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	284.756,01 €	361.906,64 €

Es ist ein Vermögenszuwachs von 77.150,63 € gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Das immaterielle Vermögen besteht aus Lizenzen (198.041,53 €) und EDV-Software (163.865,11 €).

1.2 Sachvermögen

Zum Sachvermögen gehören unbebaute und bebaute Grundstücke sowie grundstücksgleiche Rechte, das Infrastrukturvermögen, Kunstgegenstände, das bewegliche Vermögen (Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung), Vorräte, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau.

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine nutzbaren Gebäude befinden. Bei Grundstücken findet grundsätzlich keine Abschreibung statt, da Grundstücke keiner Abnutzung unterliegen.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Unbebaute Grundstücke	775.101,35 €	773.121,49 €

Unter dieser Bilanzposition sind keine Zu- oder Abgänge zu verzeichnen. Der Bilanzwert verringert sich aufgrund der jährlichen Abschreibung des Aufwuchses bei den Berufsschulzentren Schwäbisch Hall und Crailsheim, der Fröbelschule und der Gemeinschaftsunterkunft Blaufelden.



Jahresabschluss 2016

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Diese Bilanzposition umfasst Grundstücke, auf denen sich benutzbare Gebäude und/oder sonstige Aufbauten befinden. Grund/Boden und Gebäude sind getrennt voneinander zu aktivieren.

Die bebauten Grundstücke wurden in folgende Kategorien eingeteilt:

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Wohnbauten	10.384.271,86 €	10.161.297,01 €
Soziale Einrichtungen	7.768.934,42 €	13.444.286,88 €
Schulen	39.606.912,68 €	38.530.047,11 €
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	9.209.518,66 €	9.388.713,77 €
Bebaute Grundstücke gesamt	66.969.637,62 €	71.524.344,77 €

Der Vermögenszugang in Höhe von 4.554.707,15 € ist i. W. auf folgende Positionen zurück zu führen:

- rund 408.000 € für den Neubau einer Salzlagerhalle in Schwäbisch Hall
- rund 225.000 € für die energ. Sanierung des Gebäudes G6 der Gewerblichen Schulen Crailsheim
- rund 1.880.000 € für die Gebäude 4 und 5 der GUK's in Crailsheim, Friedrich-Heyking-Straße
- rund 1.115.000 € für die zwei Containerwohnanlagen in Gerabronn
- rund 503.000 € für die Containerwohnanlage in Michelfeld
- rund 421.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Satteldorf-Ellrichshausen
- rund 306.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Oberspeltach, Fasanenweg 2
- rund 281.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Gaildorf, Uhlandstraße 3
- rund 307.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Gaildorf-Unterrot, Im Brühl 10
- rund 511.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Gaildorf, Schwabenmusterhalle
- rund 135.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Bühlerzell, Wolfsgrabenstraße 7
- rund 249.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Crailsheim, Hardtstraße 5
- rund 231.000 € für die Gemeinschaftsunterkunft in Obersontheim, Rappoltshofer Straße 26

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Unter dieser Bilanzposition sind im Wesentlichen die Kreisstraßen erfasst. Weitere Straßen befinden sich auf dem Gelände des Schullandheims Schapbachhof und der Deponie Hasenbühl. Die baulichen Anlagen im Abfallbereich (Deponie Hasenbühl, Entsorgungszentren, Wertstoffhöfe) sowie die befestigten Parkplatz-/Hofflächen der Straßenmeistereien und Berufsschulzentren, die Versorgungs-/Entwässerungsanlagen der Straßenmeistereien und vorhandene Solaranlagen sind bilanztechnisch ebenfalls beim Infrastrukturvermögen einzuordnen.

Die erhaltenen Investitionszuweisungen für Kreisstraßen werden unter Punkt 2.1 auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Grund und Boden	31.565.651,58 €	31.597.810,58 €
Straßenkörper	112.274.383,41 €	112.650.976,70 €
Brücken und ingenieurbauliche Anlagen	22.188.019,21 €	21.798.846,70 €
Bauliche Anlagen Abfallbereich	1.347.534,22 €	1.374.763,03 €
Sonstiges	41.379,39 €	37.141,00 €
Infrastrukturvermögen gesamt	167.416.967,81 €	167.459.538,01 €



Jahresabschluss 2016

Beim Infrastrukturvermögen steht ein Vermögenszuwachs von 5,14 Mio. € Abschreibungen in Höhe von 5,10 Mio. € gegenüber. Der Zuwachs gliedert sich im Wesentlichen in die nachfolgend aufgeführten Positionen auf:

a) Zugänge aus Investitionen bei Straßenbaumaßnahmen mit insgesamt 4.372.259,88 €

Im Berichtsjahr wurden folgende Kreisstraßen im Zuge von Ausbau-, Umbau-, und/oder Deckenverstärkungsmaßnahmen abgeschlossen und aktiviert:

K 2636 DV Kreisgrenze - Rübgarten

K 2674 UD Marhördt – L 0150 (Badhaus)

K 2664 UD Dünsbach - Leofels

K 2512 UD B 290 - Schainbach

K 2664 UD Leofels - Dörrmenz

K 2664 UD Dörrmenz - Lendsiedel

K 2599 UD Einkorn – Herlebach

Baumaßnahme barrierefreie Bushaltestellen

Die einzelnen Maßnahmen sind in der Investitionsübersicht (Seite 30) dargestellt.

b) Sanierung des Sammelplatzes für Baum- und Strauchschnitt in Stimpfach mit 90.935,81 €

Im Berichtsjahr wurde der Sammelplatz für Baum- und Strauchschnitt in Stimpfach saniert. Der Platz wurde eingezäunt und befestigt.

Einige Investitionen wurden im Berichtsjahr begonnen, aber nicht vollständig fertig gestellt. Diese Auszahlungen sind bei Punkt 1.2.9 „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ ersichtlich.

1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken

Bei fremden Grundstücken handelt es sich um Grundstücke, die im Eigentum eines Dritten stehen und an denen der Landkreis Schwäbisch Hall kein Erbbaurecht und keine sonstigen Rechte innehat. Diese Grundstücke werden nicht beim Landkreis aktiviert. Die Bauten darauf werden analog zu den bebauten Grundstücken bewertet (siehe Punkt 1.2.2).

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Bauten auf fremden Grundstücken	14.049,29 €	177.917,24 €

Im Berichtsjahr wurde der Wertstoffhof in Satteldorf erweitert. Der Wertstoffhof wurde um eine Sperrmüllannahme und einen Grünschnittcontainer erweitert. Im Zuge dieser Maßnahme wurde auch die Zu- und Abfahrt für die Anlieferer neu organisiert. Der Vermögenszugang durch die Erweiterung des Wertstoffhofs beträgt 163.408,12 €.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Grundsätzlich sind Kunstwerke und Kulturdenkmäler mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten zu bewerten. Sie unterliegen im Regelfall keiner gewöhnlichen Wertminderung, sodass hier keine Abschreibungen stattfinden.



Jahresabschluss 2016

Der Landkreis besitzt lediglich ein Kunstwerk, dessen Anschaffungspreis über 1.000 € netto lag. Das Kunstwerk „Straßenwalze“ steht derzeit in der Gewerblichen Schule in Schwäbisch Hall.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Kunstgegenstände und Kunstwerke	1.800,00 €	1.800,00 €

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Bei den Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich hauptsächlich um Ausstattungsgegenstände der beiden Berufsschulzentren.

Die Fahrzeuge sind im Wesentlichen den Straßenmeistereien zuzuordnen.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Fahrzeuge	2.497.184,58 €	2.822.519,54 €
Maschinen	1.985.536,30 €	2.727.484,84 €
Technische Anlagen	1.955.950,48 €	1.908.978,71 €
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	6.438.671,36 €	7.458.983,09 €

Der Vermögenszugang in Höhe 1.020.311,73 € ist im Wesentlichen auf die Anschaffung von Fahrzeugen und Maschinen zurückzuführen:

- 803.010 € Straßenbauamt: ein Unimog, 2 Mercedes Sprinter, ein LKW mit Ladekran, mehrere Vibrationsplatten und div. Geräte
- 378.850 € Gewerbliche Schule Crailsheim: Abfüllanlage, Drehmaschine CNC-Universal, Universal Fräs- und Bohrmaschine, Härteprüfmaschinen u.a.
- 654.370 € Gewerbliche Schule Schwäbisch Hall: TruBend 7036, TruLaser 1030, 2 Industrieroboter, 3D-Koordinationsgerät, Schwenkfräse, Laserversorgungssystem u.a.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Unter dieser Bilanzposition befinden sich Vermögensgegenstände, die der langfristigen Betriebsbereitschaft dienen.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Betriebsvorrichtungen	127.602,83 €	273.719,44 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	812.600,31 €	753.721,16 €
Telekommunikation und EDV	740.833,60 €	905.127,84 €
Musikinstrumente	1.742,77 €	1.464,04 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.682.779,51 €	1.934.032,48 €

Die größten Vermögenszugänge waren:

- 61.000 € diverse EDV Beschaffungen
- 199.000 € diverse Beschaffungen der Gewerblichen Schulen Schwäbisch Hall
- 11.000 € diverse Beschaffungen der Kaufmännischen Schule Crailsheim
- 49.000 € diverse Beschaffungen der Kaufmännischen Schule Schwäbisch Hall
- 68.000 € diverse Beschaffungen der Gewerblichen Schulen Crailsheim
- 176.000 € diverse Beschaffungen des Amtes für Migration
- 26.000 € diverse Beschaffungen des Abfallamtes



Jahresabschluss 2016

1.2.8 Vorräte

Vorräte sind Vermögensgegenstände, die nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, sondern zum baldigen Verbrauch bestimmt sind. Sie sind daher nicht planmäßig abzuschreiben. Hierunter fallen Hilfsstoffe (z.B. Streusalz) und Betriebsstoffe (Heizöl, Pellets).

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Streusalz	460.863,08 €	430.892,96 €
Heizöl, Pellets	13.193,47 €	7.264,04 €
Vorräte	474.056,55 €	438.157,00 €

Der Vermögensabgang von 35.899,55 € geht hauptsächlich auf die niedrigeren Lagerbestände an Streusalz in den Straßenmeistereien zurück. Am 31.12.2015 wiesen die Lager einen Bestand von ca. 5.859 Tonnen Streusalz aus, am Ende des Berichtsjahres waren es 5.337 Tonnen Streusalz.

1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Anlagen im Bau sind Vermögensgegenstände, die sich in der Herstellungsphase befinden und für die zum Bilanzstichtag schon Aufwendungen entstanden sind, ohne dass sie fertiggestellt sind.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Anlagen in Bau	2.530.882,23 €	8.367.958,37 €

Die noch nicht aktivierungsfähigen Ausgaben gliedern sich wie folgt:

a) Hochbaumaßnahmen	7.465.510,78 €
• Sanierung G4 der Gewerblichen Schule Schwäbisch Hall	491.450,44 €
• Gemeinschaftsunterkünfte	6.967.076,23 €
• Planung Vergärungsanlage in Obersontheim	6.984,11 €
b) Tiefbaumaßnahmen	604.277,48 €
• K 2641 Umgehung Jagstheim (Neubau Querspange)	31.637,06 €
• K 2594 Radweg Oberfischach – Herlebach	72.963,19 €
• K 2523 Engelhardshausen - Wiesenbach	431.864,48 €
• Neubau Wertstoffhof mit Sammelplatz für Baum- und Strauchschnitt in Ilshofen	67.812,75 €
c) Sonstige Baumaßnahmen	298.170,11 €
• Sammelplätze für Baum- und Strauchschnitt	231.135,02 €
• Sanierung Tiefgarage - Abwicklung Stadtwerke	23.664,94 €
• Fräßmaschine Homag Venture BMG	43.370,15 €

1.3 Finanzvermögen

Zum Finanzvermögen gehören Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen, Ausleihungen, Wertpapiere, Forderungen und die liquiden Mittel. Das Finanzvermögen wird nicht planmäßig abgeschrieben.



1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Kommune ist an einem verbundenen Unternehmen beteiligt, wenn das Unternehmen unter der einheitlichen Leitung der Kommune steht bzw. wenn sie einen beherrschenden Einfluss auf das Unternehmen ausübt, also z. B. die Mehrheit der Stimmrechte innehat.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
▪ Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH (WFG)	25.564,59 €	25.564,59 €
▪ Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“	10.861.229,99 €	12.945.155,64 €
▪ Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH	120.000,00 €	120.000,00 €
Anteile an verbundenen Unternehmen	11.006.794,58 €	13.090.720,23 €

Die Kapitalrücklage des Regiebetriebes „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ erhöhte sich zum 31.12.2016 um 2.083.925,65 € auf 12.945.155,64 €. Entsprechend erfolgte eine Zuschreibung in Höhe dieses Betrages in der Bilanz des Landkreises Schwäbisch Hall.

1.3.2 Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen

Eine sonstige Beteiligung der Kommune liegt vor, wenn sie keinen beherrschenden Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, jedoch zum Aufbau einer Geschäftsbeziehung Anteile hält.

In Abhängigkeit von den gemeindewirtschaftlichen Bestimmungen (§§ 102 ff. GemO) können Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Unternehmen ausländischer privater Rechtsformen bestehen.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
▪ Grundstückseigentümergeinschaft Kommunales Rechenzentrum Franken GbR (Anteil Eigenkapital)	150.131,10 €	150.131,10 €
▪ Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (Anteil Eigenkapital)	63.905,85 €	63.905,85 €
▪ Technologiezentrum Schwäbisch Hall GmbH (Gesellschaftsanteil)	10.300,00 €	10.300,00 €
▪ Heilbronner-Hohenloher-Haller-Nahverkehr GmbH (Gesellschaftsanteil)	5.710,44 €	5.710,44 €
▪ Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken GmbH (WHF) (Gesellschaftsanteil)	1.680,00 €	3.200,00 €
▪ KreisVerkehr Schwäbisch Hall GmbH (Gesellschaftsanteil)	50.000,00 €	50.000,00 €
▪ Landeselektrizitätsverband Württemberg (LEVW), EnBW-Aktien	28.719,35 €	28.719,35 €
▪ Schulküche Crailsheim GmbH (Gesellschafteranteil)	0,00 €	12.475,00 €
Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen	310.446,74 €	324.441,74 €

Nach dem Ausscheiden der IHK aus der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken GmbH (WHF) wurden die Gesellschafteranteile der verbleibenden Gesellschafter neu aufgeteilt. Der Anteil des Landkreises Schwäbisch Hall erhöhte sich um 1.520 € auf 3.200 €.



Jahresabschluss 2016

Der Landkreis Schwäbisch Hall und die Stadt Crailsheim haben im Berichtsjahr die „Schulküche Crailsheim GmbH“ gegründet, um aus der Küche des Klinikums Crailsheim die Schulen und Kindertageseinrichtungen der Stadt Crailsheim mit Essen zu versorgen. Der Gesellschaftsanteil des Landkreises beträgt 12.475 €.

Beteiligungen bzw. Mitgliedschaften in Verbänden und Sondervermögen ohne Wertansatz:

- Regionalverband Heilbronn-Franken
- Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken
- Wasserverband Kocher-Lein

1.3.4 Ausleihungen

Ausleihungen sind Finanzforderungen der Kommune, die durch Hingabe von Kapital erworben werden. Zu den Ausleihungen zählen vor allem Darlehen. Sie müssen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Geldanlagen zählen nicht zu den Ausleihungen.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Darlehen an den Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“	172.500,00 €	115.000,00 €

Die Rückzahlung erfolgt in jährlichen Raten zu je 57.500,00 €.

1.3.5 Wertpapiere

Wertpapiere sind Urkunden, die Vermögensrechte so verbriefen, dass deren Ausübung an den Besitz des Papiers geknüpft ist. Es handelt sich dabei weder um einen Anteil an einem verbundenen Unternehmen, noch um eine Beteiligung, ein Sondervermögen oder eine Ausleihung. Bei Wertpapieren besteht keine Beteiligungsabsicht, sondern es liegt die Absicht der Kapitalanlage vor. Des Weiteren sind unter dieser Bilanzposition die sonstigen Einlagen (z. B. Termineinlagen, Spareinlagen) zu aktivieren.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Sonstige Einlagen	23.000.000,00 €	8.000.000,00 €

Bei der Position „Sonstige Einlagen“ handelt es sich um die für die Nachsorge der Deponie Hasenbühl angesammelten Mittel, die nach Ablösung des inneren Darlehens im Haushaltsjahr 2012 bis zum Sanierungsbeginn mittelfristig angelegt wurden. Nach Fälligkeit der mittelfristigen Geldanlage wurden die nicht benötigten Mittel aus der Sonderrücklage für die Nachsorge der Abfalldeponie als Festgeld angelegt, um kurzfristig auf den Baufortschritt reagieren zu können.

Zum 31.12.2015 waren kurzfristig nicht benötigte Mittel des Landkreises i. H. v. 10 Mio. € als Tagesgeld angelegt.

1.3.6 - 1.3.7 Forderungen (öffentlich- und privatrechtlich)

Forderungen sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert anzusetzen. Nach § 43 GemHVO hat eine Bewertung der Ausfallrisiken (Grundsatz der Einzelbewertung) zu erfolgen. Dadurch werden erkannte und konkret absehbare Ausfallrisiken bei einzelnen Forderungen in der Bilanz berücksichtigt.



Jahresabschluss 2016

Trotz Wertberichtigung der speziellen Ausfallrisiken bei einzelnen Forderungen ist noch davon auszugehen, dass für weitere Forderungen ein pauschales Ausfallrisiko besteht.

Pauschalwertberichtigungen sind Wertberichtigungen auf einen Gesamtbestand von Forderungen, die noch nicht bekannte, jedoch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit noch auftretende Risiken zum Gegenstand haben. Hierzu wurden insbesondere die Entwicklung der Kasseneinnahmen der vorangegangenen drei Jahre und die Art der Forderung betrachtet (z. B. Sozial- und Jugendhilfeforderungen, Bußgelder, Verwaltungsgebühren, usw.).

Forderungsbestand nach Durchführung der Einzel- und Pauschalwertberichtigung:

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Öffentlich-rechtliche Forderungen	23.117.271,04 €	6.725.433,26 €
Forderungen aus Transferleistungen (Sozialleistungen)	5.526.800,96 €	7.046.523,72 €
Privatrechtliche Forderungen	3.190.139,40 €	3.027.015,82 €
Forderungen insgesamt	31.834.211,40 €	16.798.972,80 €

Der Rückgang der öffentlich-rechtlichen Forderungen resultiert hauptsächlich aus dem Bereich der Zuweisungen der Pauschalen für das Flüchtlingsaufnahmegesetz. Die Pauschale wird für eine durchschnittliche Verweildauer je Person von 18 Monaten gewährt. Die tatsächliche Ausgabenerstattung des Landes erfolgt 6 Monate nach der Aufnahme durch das Landratsamt. Nach einer landeseinheitlichen Buchungsvorgabe des Landkreistags sind die Sollstellungen bereits zum Ende des Monats der Aufnahme der Personen zu erfassen und am Jahresende über die 18 Monate abzugrenzen. Im Gegensatz zum Vorjahr wurden dem Landkreis im 2. Halbjahr 2016 deutlich weniger Asylbewerber zugewiesen als im 2. Halbjahr des Vorjahres. Daher wurde „nur“ 1 Mio. € ins Soll gestellt (Vorjahr: 19 Mio. €).

1.3.8 Liquide Mittel

Hierbei handelt es sich um kurzfristig verfügbare Mittel, also Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten, den Kassenbestand und Handvorschüsse. Sonstige Einlagen (z. B. Termineinlagen, Spareinlagen) sind unter der Bilanzposition 1.3.5 „Wertpapiere“ zu aktivieren.

Liquide Mittel sind mit ihrem Nennwert (Nennbetrag, Nominalwert) zu bewerten.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	-8.860.057,52 €	4.491.030,17 €
Kassenbestand	192.612,58 €	94.262,70 €
Bankverrechnungskonten	-1.180,55 €	65.024,80 €
Handvorschüsse	5.835,00 €	6.860,00 €
Liquide Mittel	-8.662.790,49 €	4.657.177,67 €



2. Abgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitlichen Rechnungsabgrenzung.

2.1 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Zu den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten gehören Ausgaben (Aufwendungen), die bereits im abzuschließenden Haushaltsjahr bezahlt und gebucht wurden, aber teilweise oder ganz künftigen Haushaltsjahren wirtschaftlich zuzurechnen sind.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Beamtengehälter	836.889,19 €	865.550,09 €
Sozialhilfe	2.278.689,23 €	1.955.885,86 €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.115.578,42 €	2.821.435,95 €

2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse

Investitionsförderungsmaßnahmen stellen Vorgänge dar, die im Finanzhaushalt abzuwickeln sind. Sie sind als Abgrenzungsposten zu aktivieren.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Tilgungszuschuss Klinikum Crailsheim	1,00 €	1,00 €
Integrierte Leitstelle, DRK	124.039,92 €	82.693,28 €
Baukostenzuschuss Klinikum Crailsheim	7.000.000,00 €	7.883.333,33 €
Baukostenzuschuss Telekomgebäude	737.677,89 €	935.518,44 €
Investitionszuschuss Stadtwerke CR Wärmelieferung	0,00 €	274.176,00 €
Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	7.861.718,81 €	9.175.722,05 €

Im Berichtsjahr wurden folgende Investitionszuschüsse erteilt:

Als Tilgungszuschuss wurde an das Krankenhaus Crailsheim 436.107,63 € erteilt. Dieser Zuschuss ist in dem Jahr voll abzuschreiben, in dem er erteilt wurde.

Dem Regiebetrieb wurde ein Investitionszuschuss über 234.244,40 € für das Telekomgebäude erteilt. Die Auflösung erfolgt analog der Abschreibungsdauer des Gebäudes.

Ein weiterer Investitionszuschuss wurde als Baukostenzuschuss für den Neubau des Klinikums in Crailsheim vergeben. Da der Neubau im Juni 2016 fertiggestellt wurde, wird der Zuschuss analog der Abschreibungsdauer des Klinikums Crailsheim beim Regiebetrieb über 40 Jahre aufgelöst.

Der Investitionszuschuss an das Deutsche Rote Kreuz aus dem Jahr 2013 für die technische Ausrüstung der Integrierten Leitstelle wird analog der Abschreibungsdauer der Geräte über 7 Jahre aufgelöst.

An die Stadtwerke Crailsheim wurde je ein Investitionszuschuss für die Wärmeerzeugung und die Wärmelieferung an das Berufsschulzentrum Crailsheim (Gewerbliche Schulen und Eugen-Grimminger-Schule) und die Außenstelle des Landratsamts in Crailsheim vergeben. Die Auflösung des Zuschusses beginnt voraussichtlich ab 2017 analog der Vertragslaufzeit.



Jahresabschluss 2016

2.3 Verrechnungs-, Zwischenkonten

Unter dieser Bilanzposition werden Verrechnungs- und Zwischenkonten im Zusammenhang mit durchlaufenden Geldern dargestellt (früher Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge).

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Verrechnungs-, Zwischenkonten	-41.744,04 €	-69.737,57 €



II Passivseite

Die Passivseite der Bilanz stellt dar, wie sich das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen in Eigen- und Fremdkapital aufteilt. Sie stellt damit die Herkunft des Vermögens dar.

1. Eigenkapital

Das Eigenkapital in der kommunalen Bilanz entspricht dem Eigenkapital nach dem Handelsgesetzbuch (HGB). Es stellt den Differenzbetrag zwischen dem gesamten Vermögen einer Kommune (Aktivseite) und sämtlichen Verpflichtungen (Passivseite) dar.

1.1 Basiskapital

Das Basiskapital wird nicht bewertet, sondern ergibt sich aus der Differenz aus Vermögen und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite sowie Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite der Bilanz.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Basiskapital	141.562.862,20 €	154.162.446,26 €

§ 23 GemHVO eröffnet die Möglichkeit, Beträge aus den Ergebnismrücklagen in das Basiskapital umzubuchen. Hintergrund dieser Regelung ist, dass die bereits in der Finanzrechnung zur Finanzierung von Investitionen verwendeten liquiden Mittel aus Jahresüberschüssen bzw. Ergebnismrücklagen nur einmal ausbezahlt werden können und damit dem Basiskapital zugeführt werden sollten. Hierfür wird in einem ersten Schritt der Betrag rechnerisch ermittelt, welcher maximal dem Basiskapital zugeführt werden könnte. Um eine einheitliche Vorgehensweise zu gewährleisten, wurde das nachstehend angefügte Berechnungsschema vom Vergleichsring Kommunales Rechnungswesen der Landkreise Baden-Württembergs entworfen. Im zweiten Schritt wird dieser rechnerische Wert anhand verschiedener Kriterien bewertet, z. B. übertragene investive Auszahlungsermächtigungen, nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen und Mindestliquidität. Als Ergebnis daraus wurde ein Betrag in Höhe von 12.855.265,00 € aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in das Basiskapital umgebucht. Wieder reduziert wurde das Basiskapital zum 31.12.2016 durch Entnahme des Fehlbetrags beim Sonderergebnis in Höhe von 255.680,94 €.



Jahresabschluss 2016

Berechnungsschema für die Zuführung zum Basiskapital:

	<u>31.12.2016</u>
Ergebnisrücklage in Bilanz ¹⁾	25.512.442 €
- Kassenbestand ^{1) 2)}	12.657.178 €
= Ergebnisrücklage Anteil nicht liquiditätshinterlegt	12.855.265 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit ³⁾	923.503 €
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ³⁾	24.558.384 €
= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit ³⁾	- 23.634.881 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit ^{3) 4)}	7.500.000 €
- Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit ^{3) 5)}	3.523.047 €
= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit ³⁾	3.976.953 €
Verwendete Liquidität ⁶⁾	19.657.928 €
Maximale Zuführung zum Basiskapital ⁷⁾	12.855.265 €

Erläuterungen:

- 1) Stand 31.12.
- 2) Zuzüglich Geldanlagen (Konten 171,173, 1492), ohne Kassenkredite, nur Kernhaushalt, ohne andere Bestandteile bei einer verbundenen Sonderkasse
- 3) Erstmalsiger Betrachtungszeitraum: seit Einführung NKHR
- 4) Kreditaufnahmen
- 5) Kredittilgungen (ordentlich und außerordentlich)
- 6) Differenz aus "Investitionstätigkeit" und "Finanzierungstätigkeit"
- 7) "Verwendete Liquidität", höchstens jedoch "Ergebnisrücklage Anteil nicht liquiditätshinterlegt" bzw. Ergebnisrücklage in Bilanz

1.2 Rücklagen

Rücklagen sind Bestandteil der Kapitalposition der Bilanz. Nach § 23 GemHVO sind für Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses sowie des Sonderergebnisses gesonderte Rücklagen (Ergebnisrücklagen) zu führen. Außerdem können Rücklagen für andere Zwecke gebildet werden.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	14.729.001,96 €	12.657.177,27 €
Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00 €	0,00 €

Im Berichtsjahr wurde beim ordentlichen Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 10.783.440,31 € erwirtschaftet. Dieser wurde der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Da der Landkreis infolge ausreichend liquider Mittel in den Vorjahren weitgehend auf die Aufnahme von Darlehen verzichtet und stattdessen die erwirtschafteten Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt hat, können die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses aus Liquiditätsgründen nur teilweise zum Ausgleich künftiger Fehlbeträge herangezogen werden. Daher wurde der Anteil der Ergebnisrücklage, welcher nicht liquiditätshinterlegt ist, in das Basiskapital umgebucht (siehe Punkt 1.1 Basiskapital).



Jahresabschluss 2016

Der beim Sonderergebnis entstandene Fehlbetrag i. H. v. 255.680,94 € wird mit dem Basiskapital verrechnet (siehe Punkt 5.2 Buchungen gegen das Basiskapital, Seite 54).

1.3 Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses

Der Fehlbetrag ist der Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen Aufwendungen im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung höher sind als die ordentlichen Erträge.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €	0,00 €

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen

Hierbei handelt es sich um Mittel, die der Landkreis Schwäbisch Hall zur Finanzierung von Investitionen erhalten hat.

Die Auflösung der Sonderposten erfolgt grundsätzlich entsprechend der Nutzungsdauer des bezuschussten Projekts bzw. Vermögensgegenstandes.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Zuweisungen Bund	231.674,47 €	274.901,58 €
Zuweisungen Land	79.849.688,40 €	77.681.168,19 €
Zuweisungen Kommunen	30.470,73 €	28.921,84 €
Zuweisungen verbundene Unternehmen	6.674,04 €	6.224,10 €
Zuweisungen sonst. öffentliche Sonderrechnung	910,10 €	848,74 €
Zuweisungen private Unternehmen	65.309,32 €	68.031,11 €
Zuweisungen von übrigen Bereichen	19.554,88 €	236.135,59 €
Sonderposten für Investitionszuweisungen	80.204.281,94 €	78.296.231,15 €

Die erhaltenen Zuweisungen sind überwiegend auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Zuweisungen Bund:
 - 76.164,00 € Zuschuss für die Beschaffung von Fahrzeugen beim Straßenbauamt
- Zuweisungen Land:
 - 64.350,00 € Zuweisung für die Beschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen beim Straßenbauamt
 - 75.000,00 € Zuweisung die Digitale Alarmierung
 - 352.505,58 € Zuschuss für die Lernfabrik 4.0
 - 100.000,00 € Zuschuss für 10 barrierefreie Bushaltestellen im Landkreis
- Zuweisung von übrigen Bereichen:
 - 230.711,11 € Zuschuss des DRK für die Integrierte Leitstelle
- Zuweisungen von privaten Unternehmen:
 - 10.000,00 € als Spende für einen Golf GTE als Schulungsfahrzeug für die Gewerbliche Schule Crailsheim



3. Rückstellungen

Rückstellungen sind gemäß § 90 Abs. 2 GemO für ungewisse Verbindlichkeiten und für -hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunkts ihres Eintritts- unbestimmte Aufwendungen zu bilden.

Rückstellungen dürfen nur aufgelöst werden, soweit der Grund hierfür entfallen ist.

Durch die Bildung von Rückstellungen werden ungewisse Verbindlichkeiten und unbestimmte Aufwendungen periodengerecht zugeordnet, da die Verbindlichkeit bzw. der Aufwand wirtschaftlich dem Haushaltsjahr zugerechnet werden muss, die Höhe und/oder Fälligkeit der Auszahlung zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht bekannt ist.

3.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen

Zum 31.12.2016 standen 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Altersteilzeitverhältnis (01.01.2015 28 Beschäftigte). Die Verpflichtung zur Bildung einer Rückstellung umfasst die bis zum Stichtag entstandenen Erfüllungsrückstände sowie die Aufstockungsbeträge.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Lohn- und Gehaltsrückstellungen	1.614.689,89 €	913.429,19 €

3.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen

Die Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes obliegt den Jugendämtern der Landkreise.

Werden gegenüber den Unterhaltspflichtigen Rückforderungsansprüche durchgesetzt, sind 2/3 der Einzahlungen an das Land abzuführen. Für diese ungewisse Verbindlichkeit ist eine Rückstellung zu bilden.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Unterhaltsvorschussrückstellungen	1.173.964,86 €	1.292.330,41 €

3.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien

Für ungewisse Verbindlichkeiten aus der Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien sind Rückstellungen zu bilden. Im Landkreis Schwäbisch Hall wurde schon seit vielen Jahren eine Sonderrücklage für diesen Zweck angesammelt, die aus Abfallgebühren finanziert worden ist.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	12.255.863,42 €	8.906.933,41 €

3.4 Gebührenüberschussrückstellungen

Am Ende des Gebührenbemessungszeitraums entstehende Kostenüberdeckungen sind in den Gebührenkalkulationen der folgenden fünf Jahre zwingend gebührenmindernd zu berücksichtigen.

Die Kostenüberdeckung ist damit als Verbindlichkeit gegenüber dem Gebührenzahler anzusehen und als Rückstellung auszuweisen.

Bei dieser Bilanzposition handelt es sich um zu viel gezahlte Gebühren im Abfallbereich.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Gebührenüberschussrückstellungen	1.051.244,51 €	1.980.138,95 €

Zur Veränderung dieser Rückstellungsposition siehe auch Teilhaushalt 7 (Seite 27).



3.7 Sonstige Rückstellungen

Unter die Position „sonstige Rückstellungen“ fallen freiwillig gebildete Rückstellungen. Neben den bereits vorhandenen Rückstellungen für noch offene Betriebskosten der Landkreisgebäude, für die Bereiche Flüchtlinge (Rückbauverpflichtungen, Rückzahlungsverpflichtungen aufgrund der Spitzabrechnung FlüAG), Abfallwirtschaft und Nahverkehr und für die Unterhaltung der Bundesstraßen wurde 2016 eine weitere Rückstellung für den Verlustausgleich 2016 des Klinikums Crailsheim gebildet (siehe Punkt 17 „Transferaufwendungen“).

Die Rückstellungen für Nachzahlungsverpflichtungen der Verbandsumlage ZTN, für unterlassene Instandhaltung an Beruflichen Schulen sowie für Asylbewerberleistungen und –unterkünfte wurden aufgelöst.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Betriebskosten der Landkreisgebäude	475.000,00 €	307.000,00 €
Verbandsumlage ZTN	17.106,72 €	0,00 €
Unterlassene Instandhaltung an Beruflichen Schulen	633.000,00 €	0,00 €
Asylbewerberleistungen	110.280,00 €	0,00 €
Spitzabrechnung FlüAG	1.060.000,00 €	2.295.000,00 €
Asylbewerberunterkünfte	161.500,00 €	0,00 €
Rückbauverpflichtung Asylbewerberunterkünfte	4.000,00 €	42.500,00 €
Verlustausgleich Klinikum CR	0,00 €	630.000,00 €
Abfallwirtschaft	26.000,00 €	13.000,00 €
Nahverkehr	121.000,00 €	121.000,00 €
Bundesstraßen	80.000,00 €	25.000,00 €
Sonstige Rückstellungen	2.687.886,72 €	3.433.500,00 €

4. Verbindlichkeiten

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sind in Höhe des Rückzahlungsbetrages zu passivieren (siehe Schuldenübersicht Seite 34).

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	34.334.758,96 €	38.311.711,53 €

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen um rund 3,98 Mio. € ergibt sich aus einer Kreditaufnahme in Höhe von 7,5 Mio. € und Kredittilgungen in Höhe von 3,52 Mio. €.

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen weisen vorhandene Zahlungsverpflichtungen aus.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen	3.697.459,10 €	2.542.341,88 €

Die Abweichung resultiert hauptsächlich aus Sollstellungen im Dezember 2016 im Bereich des Regiebetriebes (u. a. Baukostenzuschuss Klinikneubau 1 Mio. €, jährliche Zins- und



Jahresabschluss 2016

Tilgungserstattungen 436 T€). Die Auszahlung erfolgte im Jahr 2017 und erhöhte dadurch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2016.

4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Transferleistungen sind Aufwendungen ohne unmittelbar damit zusammenhängende Gegenleistung, z. B. Leistungen im sozialen Bereich. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen werden dann passiviert, wenn die Kommune ihre rechtliche Verpflichtung zur Zahlung noch nicht erfüllt hat.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	180.587,83 €	209.216,84 €

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten versteht man eine Sammel- und Auffangposition für Verbindlichkeiten, die keiner der sonstigen aufgeführten Verbindlichkeitsarten zuzuordnen sind. Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen überwiegend aus Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit durchlaufenden Geldern (früher Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge).

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Sonstige Verbindlichkeiten	3.004.337,35 €	3.227.547,68 €

Unter dieser Bilanzposition werden auch die Mündelgelder erfasst. Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 ergaben sich folgende Verbindlichkeiten gegenüber Mündeln:

- Mündelgelder Erwachsene 65.091,80 €
- Mündelgelder Jugendliche 8.753,38 €
- Beistandschaften 440.968,57 €

Mündelvermögen, welches lediglich treuhänderisch vom Landkreis verwaltet wird, ist unter Punkt 7.1.9 (Seite 69) aufgeführt.

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als Passive Rechnungsabgrenzungsposten versteht man Einnahmen (z. B. im Voraus erhaltene Miete), die bereits im abzuschließenden Haushaltsjahr zugeflossen sind, aber zum Teil oder ganz künftigen Haushaltsjahren wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Wie die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten dienen sie der zeitlichen Abgrenzung.

	<u>Stand 31.12.2015</u>	<u>Stand 31.12.2016</u>
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	18.688.478,41 €	7.478.487,39 €

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen vollständig den Bereich Flüchtlinge (periodengerechte Abgrenzung der Erträge aus Kostenerstattungen des Landes für pauschale Zuweisungen für die Aufnahme der dem Landkreis zugewiesenen Flüchtlinge).



5.2 Buchungen 2016 gegen das Basiskapital

Basiskapital Stand 01.01.2016	141.562.862,20 €
<ul style="list-style-type: none">• Zuführung von Teilen der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses• Veränderung des Basiskapitals durch Sonderergebnis 2016 <i>Ein Fehlbetrag beim Sonderergebnis ist beim Jahresabschluss durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zu verrechnen. Ist dies nicht möglich, ist der Fehlbetrag gegen das Basiskapital zu buchen</i>	12.855.265,00 € <u>-255.680,94 €</u>
Basiskapital Stand 31.12.2016	<u>154.162.446,26 €</u>

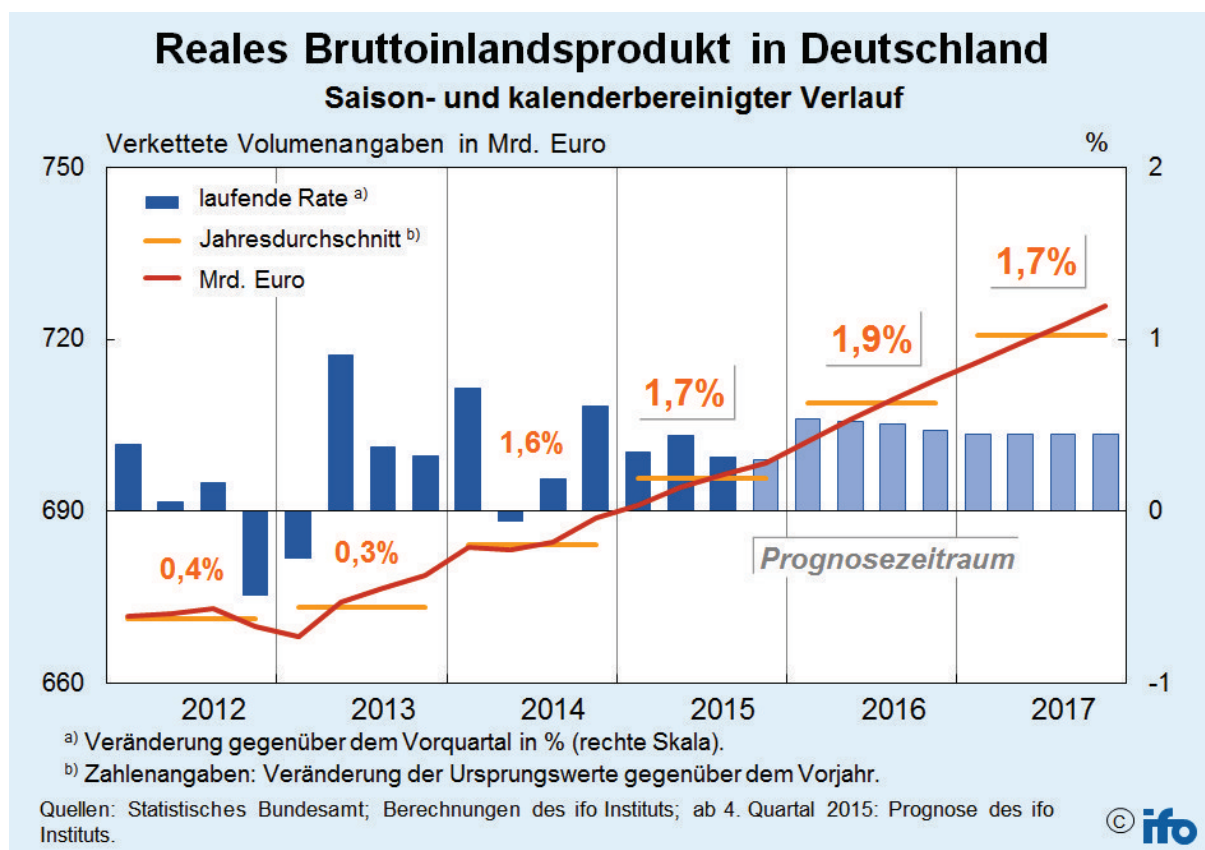
Zur Zuführung von Teilen der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in das Basiskapital siehe Punkte 1.1 Basiskapital (Seite 48) und 1.2 Rücklagen (Seite 49).



6 Rechenschaftsbericht § 54 GemHVO

6.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

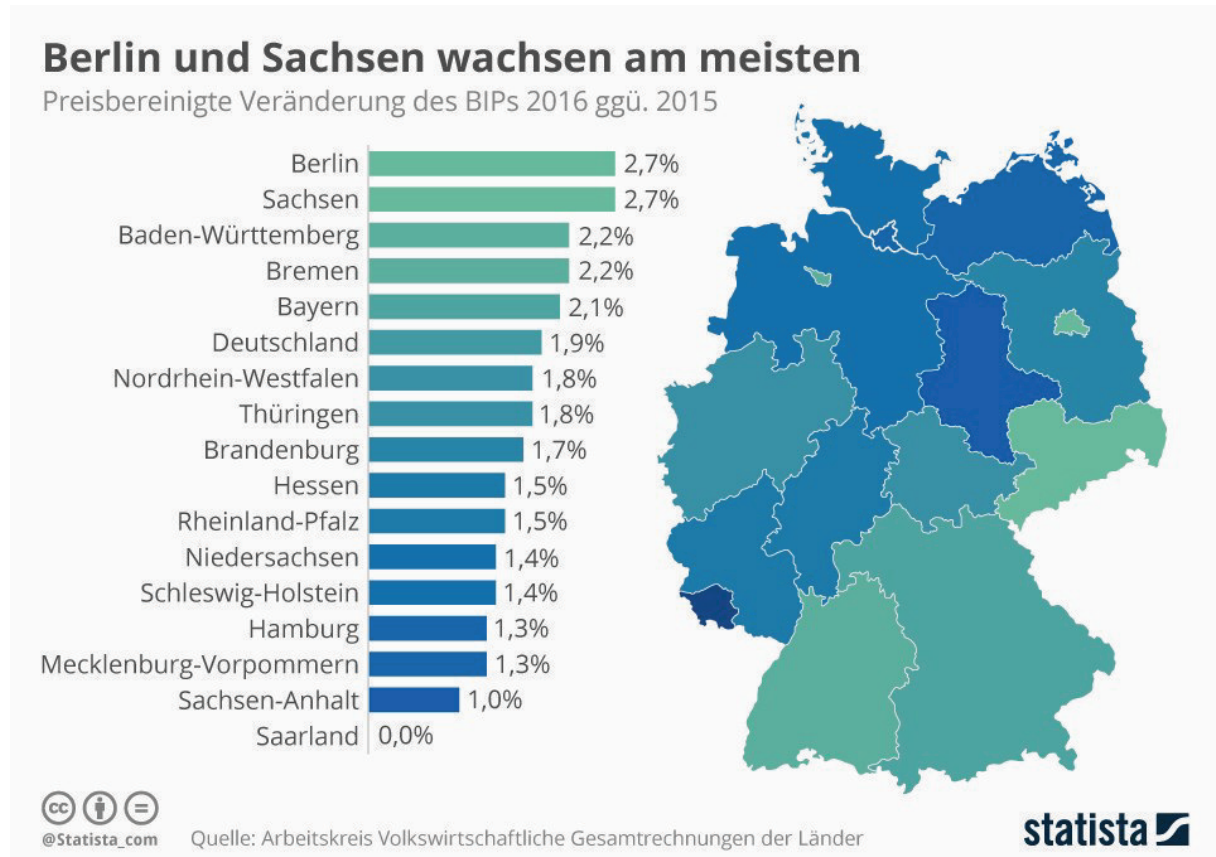
„Die baden-württembergische Wirtschaft zeigte sich im ersten Halbjahr 2015 in prächtiger Verfassung und so erhöhte sich die Wirtschaftsleistung um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreshalbjahr - ein Spitzenwert im Bundesländervergleich. Dennoch schwächte sich die Wachstumsdynamik zur Jahresmitte ab, sodass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2015 unter dem Strich um rund 2 Prozent wachsen sollte.“ So fasste die Präsidentin des Statistischen Landesamtes Dr. Carmina Brenner die wirtschaftliche Lage des Landes am 21.12.2015 in einer Pressemitteilung zusammen. „Der Gesamtkonjunkturindikator des Statistischen Landesamtes reicht augenblicklich bis zur Jahresmitte 2016 und signalisiert eine leichte Abschwächung zum Jahresende 2015. Dies schlägt sich auch in unserer Jahresprognose für 2016 nieder, die mit 1,5 Prozent etwas geringer ausfällt als das BIP-Wachstum 2015“.



Das ifo Institut prognostizierte Anfang Dezember 2015, dass sich der verhaltene Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit einiger Zeit befindet, fortsetzen wird. Im Jahr 2016 werde das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,9 Prozent zulegen. Im Jahr 2017 dürfte die Zuwachsrate dann wieder auf 1,7 Prozent zurückgehen.



Tatsächlich betrug das Wirtschaftswachstum 2016 in Deutschland 1,9 Prozent. Baden-Württemberg lag mit 2,2 Prozent deutlich darüber und belegte zusammen mit Bremen den 3. Platz unter den Bundesländern.



Die gute konjunkturelle Entwicklung führte zu höheren Steuereinnahmen beim Bund, den Ländern und den Gemeinden. Der Kopfbetrag für die Schlüsselzuweisungen 2016 wurde deshalb nach der Novembersteuerschätzung um 13 € auf 646 € je Einwohner erhöht. Die Mehreinnahmen 2016 betragen rd. 2,2 Mio. €. Im Mai 2017 wurde der Kopfbetrag 2016 um weitere 2 € auf 648 € angehoben.

Die Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden und der Landkreise stiegen in Baden-Württemberg im Jahr 2016 um 6 Prozent. Im Landkreis Schwäbisch Hall beträgt der Zuwachs 10 Prozent. Der Landkreis wird von der gewachsenen Steuerkraft im Haushaltsjahr 2018 profitieren. Die kommunale Steuerkraft des Jahres 2016 ist zwei Jahre später die Grundlage für die Erhebung der Kreisumlage und für die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich.



6.2 Kennzahlenset Baden-Württemberg zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 77 Abs. 1 GemO

6.2.1 Erläuterungen

I. KENNZAHLEN ZUR ERTRAGSLAGE

1. Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis liefert das Ergebnis der ordentlichen Geschäftstätigkeit. Es spiegelt wider, ob der Ressourcenverbrauch vollständig erwirtschaftet wurde. Zur Bewertung des ordentlichen Ergebnisses werden drei Kennzahlen ermittelt. Die absolute Zahl, die absolute Zahl je Einwohner und der Aufwandsdeckungsgrad, der zeigt welcher Prozentsatz der ordentlichen Aufwendungen gedeckt werden konnte. Zur genaueren Untersuchung des ordentlichen Ergebnisses werden weitere Bedarfskennzahlen ausgewertet.

Zusätzliche Bedarfskennzahlen:

1.1 Steuerkraft -netto-

Die Steuerkraft netto zeigt, in welcher Höhe steuerkraftabhängige bereinigte Erträge zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben zur Verfügung stehen. Die steuerkraftabhängigen Erträge werden um den Betrag der steuerkraftabhängigen Umlagen bereinigt. Für die Berechnung stehen drei Kennzahlen zur Verfügung. Neben der absoluten Zahl und der absoluten Zahl je Einwohner wird noch der Finanzierungsanteil an den ordentlichen Aufwendungen ermittelt.

1.2 Betriebsergebnis -netto-

Das Betriebsergebnis netto zeigt an, welcher Teil der Aufwendungen für die kommunale Aufgabenerfüllung nicht aus betrieblichen Erträgen gedeckt werden kann und somit aus dem steuerkraftabhängigen Ergebnis zu finanzieren ist. Es werden die absolute Zahl, die absolute Zahl je Einwohner und der Anteil des Betriebsergebnisses an den ordentlichen Aufwendungen ermittelt.

2. Sonderergebnis

Im Sonderergebnis werden vermögensverzehrende oder vermögensmehrende Vorgänge abgebildet, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit anfallen. Ein positives Sonderergebnis steht zur Deckung von Fehlbeträgen zur Verfügung.

3. Gesamtergebnis

Das Gesamtergebnis ergibt sich aus der Addition des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses.



Jahresabschluss 2016

Kennzahl 1	Einheit 2	Ergebnis VVJ (HJ -2)	Ergebnis VJ (HJ -1)	Ergebnis HJ
		2014 3	2015 4	2016 5
ERTRAGSLAGE				
1 ordentliches Ergebnis				
absoluter Betrag	€	15.490.016	13.185.166	10.783.440
Betrag je Einwohner	€/EW	82	69	56
Aufwandsdeckungsgrad	%	107,90%	106,18%	104,57%
1.1 Steuerkraft - netto -				
absoluter Betrag	€	51.412.435	52.871.323	55.257.906
Betrag je Einwohner	€/EW	273	278	288
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	26,22%	24,78%	23,43%
1.2 Betriebsergebnis - netto -				
absoluter Betrag	€	35.922.419	39.686.157	44.474.466
Betrag je Einwohner	€/EW	190	209	232
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	18,32%	18,60%	18,85%
2. Sonderergebnis				
absoluter Betrag	€	-2.929.296	-72.831	-255.681
3. Gesamtergebnis				
absoluter Betrag	€	12.560.720	13.112.335	10.527.759

II. KENNZAHLEN ZUR FINANZLAGE

4. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltung zeigt die Höhe der durch die laufende Verwaltungstätigkeit erwirtschafteten finanziellen Mittel. Diese Mittel stehen der Kommune zur Finanzierung von Investitionen, zur Tilgung von Verbindlichkeiten oder zur Bildung einer Liquiditätsreserve zur Verfügung. Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit wird als absolute Zahl und als absolute Zahl je Einwohner dargestellt.

5. Mindestzahlungsmittelüberschuss

Der Mindestzahlungsmittelüberschuss ergibt sich aus der Summe der Tilgungsleistungen (Anleihen, Investitionskredite, Wertpapiersschulden) ohne Umschuldungen und Sondertilgungen. Wird der Mindestzahlungsmittelüberschuss erreicht, gelingt es der Kommune ihren jährlichen Schuldendienst zu leisten.

6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel

Die Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel sind die Mittel, die nach Abzug des Mindestzahlungsmittelüberschusses aus dem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltung als finanzielle Mittel zur Finanzierung von Investitionen verbleiben.



7. Soll-Liquiditätsreserve § 22 Abs. 2 GemHVO

Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit einer Kommune sollen zwei vom Hundert der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von der Kommune als Liquiditätsreserve vorgehalten werden.

8. Liquide Eigenmittel zum Jahresende

Zur Vermeidung von Kassenkrediten und zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit einer Kommune werden die liquiden Mittel zum Ende des Haushaltsjahres oder des Planungsjahres ermittelt. Es kann transparent gemacht werden, ob für folgende Jahre noch ein Liquiditätspolster vorhanden ist.

Kennzahl 1	Einheit 2	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis
		VVJ (HJ -2) 2014 3	VJ (HJ -1) 2015 4	HJ 2016 5
FINANZLAGE				
4. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit				
absoluter Betrag	€	18.164.456	13.431.292	16.724.291
Betrag je Einwohner	€/EW	96	71	87
5. Mindestzahlungsmittelüberschuss				
absoluter Betrag	€	2.702.386	3.402.778	3.331.311
6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel				
absoluter Betrag	€	15.462.070	10.028.514	13.392.980
Betrag je Einwohner	€/EW	82	53	70
7. Soll-Liquiditätsreserve (§ 22 Abs. 2 GemHVO)				
absoluter Betrag	€	3.474.059	3.612.370	3.824.773
8. liquide Eigenmittel zum Jahresende				
absoluter Betrag	€	6.657.903	-8.668.625	4.650.318

III. KENNZAHLEN ZUR KAPITALLAGE

9. Eigenkapital

Das Eigenkapital setzt sich aus dem Basiskapital, den zweckgebundenen Rücklagen, den Ergebnisrücklagen und Fehlbeträgen des aktuellen Jahres sowie der Vorjahre zusammen. Es spiegelt wider, welche Beträge des Vermögens auf der Aktivseite mit eigenen Mitteln finanziert wurden. Für das Eigenkapital werden weitere Bedarfskennzahlen dargestellt.

Zusätzliche Bedarfskennzahlen:

9.1 Basiskapital

Das Basiskapital ist eine rechnerische Größe. Es stellt die Differenz zwischen Vermögen und Abgrenzungsposten der Aktivseite sowie Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite der Bilanz dar.



Fehlbeträge können, wenn sie nicht gedeckt werden können, mit dem Basiskapital verrechnet werden. Das Basiskapital darf nicht negativ werden (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO).

9.2 Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital und somit auch am Gesamtvermögen an.

9.3 Fremdkapitalquote

Die Fremdkapitalquote gibt den Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital und somit auch am Gesamtvermögen an.

10. Anlagendeckung

Gemäß der goldenen Bilanzregel soll langfristiges Vermögen auch langfristig finanziert sein. Der ermittelte Wert sollte 100% oder mehr betragen.

11. Verschuldung

Die Verschuldung stellt Rückzahlungsverpflichtungen (Verbindlichkeiten) aus Anleihen, Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Kassenkrediten (§ 52 Abs. 4 Nr. 4.1 bis 4.3) gemäß § 61 Nr. 38 GemHVO dar. Sie wird als absolute Zahl sowie als absolute Zahl je Einwohner (Pro-Kopf-Verschuldung) dargestellt. Für die Verschuldung wird zusätzlich eine Bedarfskennzahl ausgewertet.

Zusätzliche Bedarfskennzahlen:

11.1 Nettoneuverschuldung

Die Nettoneuverschuldung stellt den Saldo aus Kreditaufnahmen und Kredittilgungen eines laufenden Jahres dar. Aus ihr wird ersichtlich ob sich die Verschuldung in einem Jahr erhöht oder verringert hat.



Jahresabschluss 2016

Kennzahl 1	Einheit 2	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis
		VVJ (HJ -2) 2014 3	VJ (HJ -1) 2015 4	HJ 2016 5
KAPITALLAGE				
9. Eigenkapital				
absoluter Betrag	€	142.153.310	156.291.864	166.819.624
9.1 Basiskapital (§ 61 Nr. 6 GemHVO)				
absoluter Betrag	€	122.496.660	141.562.862	154.162.446
9.2 Eigenkapitalquote				
Verhältnis Eigenkapital zu Bilanzsumme	%	48,42%	49,59%	53,23%
9.3 Fremdkapitalquote				
Verhältnis Fremdkapital zu Bilanzsumme	%	51,58%	50,41%	46,77%
10. Anlagendeckung				
Verhältnis langfristiges Kapital zu langfristigem Vermögen	%	110,74%	109,69%	107,46%
11. Verschuldung				
absoluter Betrag	€	35.437.537	34.334.759	38.311.712
Betrag je Einwohner	€/EW	188	180	200
11.1 Nettoneuverschuldung				
absoluter Betrag	€	-2.000.127	-1.102.778	3.976.953



7 Anhang

7.1 Ergänzende Erläuterungen gem. § 53 GemHVO

7.1.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungsmethoden regeln den Ansatz der Vermögensgegenstände und der Schulden dem Grunde nach („ob“), Bewertungsmethoden regeln die Höhe des Wertansatzes in der Bilanz („wie“).

Grundlage der Ansätze in der Bilanz stellen die gesetzlichen Vorschriften und die Empfehlungen des „Leitfadens zur Bilanzierung nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) in Baden-Württemberg“ dar.

Von folgenden Bilanzierungswahlrechten wurde in der Eröffnungsbilanz Gebrauch gemacht:

- Bei beweglichen und immateriellen Vermögensgegenständen, deren Anschaffung oder Herstellung länger als 6 Jahre vor dem Stichtag für die Eröffnungsbilanz zurückliegt, wird von einer Inventarisierung und Aufnahme in die Bilanz abgesehen (§ 62 Abs. 1 GemHVO).
- Auf den Ansatz geleisteter Investitionszuschüsse nach § 52 Abs. 3 Nr. 2.2 wurde verzichtet (§ 62 Abs. 6 GemHVO).
- Für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000,00 Euro ohne Umsatzsteuer wird von der Inventarisierungspflicht befreit (§ 38 Abs. 4 GemHVO).

Bei der Erstellung der Bilanz wurden regelmäßig die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nach § 43 Abs. 1 GemHVO angewandt. Diese Grundsätze sind:

- ✓ Grundsatz der formellen Bilanzkontinuität
Die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz des Haushaltsjahres müssen mit den Wertansätzen der Schlussbilanz des Vorjahres übereinstimmen. Dieser Grundsatz ist für diese Eröffnungsbilanz nicht relevant.
- ✓ Grundsatz der Einzelbewertung
Die Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Schulden sind zum Abschlussstichtag einzeln zu bewerten, soweit nichts anderes bestimmt ist.
- ✓ Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung (einschließlich Realisations- und Imparitätsprinzip)
Das im Handelsrecht geltende Vorsichtsprinzip wird im Gemeindefinanzwirtschaftsrecht durch den Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung ersetzt. Aus dem Vorsichtsprinzip werden das Realisations- und Imparitätsprinzip abgeleitet. Diese gelten auch im kommunalen Bereich.
Nach dem Realisationsprinzip dürfen Gewinne (Erträge) nur ausgewiesen werden, wenn sie am Abschlussstichtag tatsächlich realisiert sind. Dagegen müssen alle vorhersehbaren Risiken



und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, auch dann berücksichtigt werden, wenn sie noch nicht realisiert sind (Imparitätsprinzip).

- ✓ Grundsatz der Periodenabgrenzung
Aufwendungen und Erträge des Haushaltsjahres sind unabhängig von den Zeitpunkten der entsprechenden Zahlungen im Jahresabschluss zu berücksichtigen. Sie sind den Haushaltsjahren zuzuordnen, in denen sie wirtschaftlich entstanden sind.
- ✓ Grundsatz der Bewertungsstetigkeit
Nach diesem Grundsatz sollen die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden beibehalten werden.

Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, angesetzt.

Abschreibungsmethode ist die lineare Abschreibung entsprechend der zeitlichen Nutzung. Die jeweilige Nutzungsdauer basiert auf der Abschreibungstabelle für Baden-Württemberg in Abstimmung mit den jeweiligen Fachämtern über die örtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Erhaltene Investitionszuweisungen wurden in Höhe der Zuwendung als Sonderposten in der Bilanz passiviert und analog zur Abschreibung des Anlagegegenstandes über den Nutzungszeitraum der bezuschussten Anlagen aufgelöst.

Die Vorräte wurden nach § 37 Abs. 3 GemHVO als Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung zu jeweils einer Gruppe zusammengefasst und mit einem Durchschnittswert bewertet.

7.1.2 Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Nach § 43 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO wird grundsätzlich Stetigkeit der Bewertungsmethode gefordert. Nach diesem Grundsatz sollen die einmal angewandten Bewertungsmethoden beibehalten werden. Eine Abweichung ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Durch diese Regelung soll die Vergleichbarkeit des Jahresabschlusses gegenüber dem Vorjahr ermöglicht werden.

Die Trackingsysteme im Bereich des Straßenbaus werden als Systemeinheit betrachtet und dementsprechend in der Anlagenbuchhaltung als eine Anlage erfasst.

Ansonsten wurde von den bereits in der Eröffnungsbilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden nicht abgewichen.

7.1.3 Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten

Gemäß § 44 Abs. 3 Satz 2 GemHVO dürfen Zinsen für Fremdkapital, das zur Finanzierung der Herstellung eines Vermögensgegenstandes verwendet wird, als Herstellungskosten angesetzt werden, soweit sie auf den Zeitraum der Herstellung entfallen.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände wurden Zinsen für Fremdkapital nicht einbezogen.



7.1.4 Anteil des Landkreises Schwäbisch Hall an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) gebildeten Pensionsrückstellungen

Nach § 41 Abs. 2 Satz 2 GemHVO i. V. m. § 27 Abs. 5 GKV (Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg) bildet der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg Rückstellungen für die Pensionsverpflichtungen aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen (Pensionsrückstellungen) für seine Mitglieder.

Daher sind in den kommunalen Bilanzen keine Pensionsrückstellungen auszuweisen. Im Anhang soll jedoch der auf die jeweilige Kommune entfallende Anteil der auf Grund von § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensionsrückstellungen angegeben werden.

Anteil des Landkreises Schwäbisch Hall zum 31.12.2016 71.125.379 €

7.1.5 Entwicklung der Liquidität im Haushaltsjahr

Liquide Mittel

Gemäß § 22 Abs. 2 GemHVO soll der planmäßige Bestand an liquiden Mitteln ohne Kassenkreditmittel in der Regel mindestens 2 % der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahre belaufen.

Die Bilanz weist zum 31.12.2016 einen Bestand an liquiden Mitteln (u. a. Sichteinlagen, Kassenbestände, Handvorschüsse) in Höhe von 4.657.177,67 € aus. Kassenkredite bestanden zu diesem Zeitpunkt nicht. Die Berechnung der Liquiditätsreserve ergibt eine vorzuhaltende Mindestliquidität von 3.824.773,10 € (siehe auch Kennzahlen zur Finanzlage Seite 58f.). Abweichend hiervon wird die Mindestliquidität im nachfolgenden Schaubild unterschritten, da in diese Berechnung auch die Geldanlagen, Auszahlungsübertragungen und weitere Kriterien einbezogen werden.

Die Berechnung gemäß Anlage 22 der VwV Produkt- und Kontenrahmen relativiert die reine Kassensicht durch Berücksichtigung möglicher Ein- und Auszahlungen im folgenden Haushaltsjahr.



Jahresabschluss 2016

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten ¹⁾		Finanzrechnung	
			Vorjahr	Rechnungsjahr
			1	2
1		Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn ²⁾	6.657.903,12 €	- 8.668.625,49 €
2	+/-	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 17 GemHVO)	13.431.291,60 €	16.724.290,94 €
3	+/-	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 31 GemHVO)	- 17.010.036,97 €	- 23.634.881,03 €
4	+/-	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 35 GemHVO)	- 1.102.777,76 €	3.976.952,57 €
5	+/-	Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (§ 50 Nr. 39 GemHVO)	- 10.645.005,48 €	16.252.580,68 €
6	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Jahresende (§ 50 Nr. 42 GemHVO)	- 8.668.625,49 €	4.650.317,67 €
7	+	Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresende ³⁾	23.000.000,00 €	8.000.000,00 €
8	-	Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende ⁴⁾	- €	- €
9	=	liquide Eigenmittel zum Jahresende	14.331.374,51 €	12.650.317,67 €
10	-	übertragene Ermächtigungen für Auszahlungen (§ 21 GemHVO)	9.931.201,46 €	17.916.209,00 €
11	+	nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen (auch aus Vorjahren) für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen ⁵⁾	3.402.790,00 €	6.804.930,00 €
12	+	übertragene Ermächtigungen für Investitionszuwendungen, Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit (§ 21 Abs. 1, § 3 Nr. 18, 19 GemHVO)	- €	147.000,00 €
13	=	bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende	7.802.963,05 €	1.686.038,67 €
14	-	davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden	- €	- €
15	-	für sonstige Zwecke gebunden	- €	- €
16	=	bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	7.802.963,05 €	1.686.038,67 €
17		nachrichtlich: Mindestliquidität (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	3.612.370,15 €	3.824.773,10 €

¹⁾ Zeilen unterhalb Zeile 14 können bedarfsgerecht angepasst werden

²⁾ aus der Finanzrechnung (§ 50 Nr. 42 GemHVO); entspricht den liquiden Mitteln der Kontenarten 171 und 173

³⁾ entspricht dem Konto 1492 - Sonstige Einlagen -

⁴⁾ Die Aufnahme von Kassenkrediten führt zu einer Veränderung des Zahlungsmittelbestands. Kassenkredite sind nur zur kurzfristigen Liquiditätsüberbrückung erlaubt und müssen zeitnah zurückbezahlt werden, daher soll der Wert an Kassenkrediten (Kontenart 239) hier

⁵⁾ Die Kreditermächtigung gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr erlassen ist (vgl. § 87 Abs. 3 GemO).



Jahresabschluss 2016

Innere Darlehen

Bei Inneren Darlehen handelt es sich gem. § 61 Nr. 20 GemHVO um die vorübergehende Inanspruchnahme von liquiden Mitteln aus zweckgebundenen Rücklagen, langfristigen Rückstellungen (z. B. Rückstellungen für die Nachsorge von Abfalldeponien) und Sondervermögen ohne Sonderrechnung.

		zum 01.01. EUR	zum 31.12. EUR	
		1	2	
1		Rückstellung für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien nach § 41 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO ²⁾	12.255.863,42 €	8.906.933,41 €
2	+	Sonstige Rückstellungen ohne die Rückstellung für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien ³⁾	6.527.785,98 €	7.619.398,55 €
3	=	Mittelbestand bei Erwirtschaftung aller Rückstellungen und Ansammlung der Mittel ⁴⁾	18.783.649,40 €	16.526.331,96 €
4		Liquide Mittel ⁵⁾	- 8.662.790,49 €	4.657.177,67 €
5	-	Kassenkreditmittel ⁶⁾	- €	- €
6	+	angelegte Mittel ⁷⁾	23.000.000,00 €	8.000.000,00 €
7	=	tatsächlicher erwirtschafteter Mittelbestand ⁸⁾	14.337.209,51 €	12.657.177,67 €
8		Differenz (Zeile 3 abzüglich Zeile 7)	4.446.439,89 €	3.869.154,29 €
9		Bestand an inneren Darlehen ⁹⁾	4.446.439,89 €	3.869.154,29 €
10		nachrichtlich: Eigenkapitalquote ¹⁰⁾ im Jahr der Aufnahme des inneren Darlehens, hilfsweise am Stichtag der Eröffnungsbilanz in vom Hundert	55,52%	55,52%
11		nachrichtlich: Eigenkapitalquote ¹⁰⁾ im aktuellen Haushaltsjahr in vom Hundert	49,59%	53,23%

¹⁾ Sofern Ausgangsgrößen für die Berechnung noch nicht vorliegen, sind diese qualifiziert zu schätzen

²⁾ Kontenart 284

³⁾ Kontengruppe 28 ohne Kontenart 284

⁴⁾ Summe Zeile 1 zuzüglich Zeile 2

⁵⁾ Kontengruppe 17

⁶⁾ Kontenart 239

⁷⁾ Kontengruppe 14 ohne Kontenart 144

⁸⁾ Zeile 4 abzüglich Zeile 5 zuzüglich Zeile 6

⁹⁾ Sofern der Wert in Zeile 8 positiv ist, der niedrigere Wert aus Zeile 1 oder Zeile 8

¹⁰⁾ Eigenkapitalquote = Eigenkapital nach § 52 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO / Bilanzsumme * 100



Jahresabschluss 2016

Zur Finanzierung von Investitionen stehen folgende Finanzierungsquellen zur Verfügung:

- Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen, Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit
- Veräußerung von Sach- und Finanzvermögen
- Verwendung liquider Mittel (§ 22 Abs. 2 GemHVO)
- Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten

Im Haushaltsjahr 2016 wurden die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit i. H. v. 24.558.383,64 € wie folgt finanziert:

Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.724.290,94 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	923.502,61 €
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	7.500.000,00 €
abzüglich Auszahlungen für Tilgungen	3.523.047,43 €
= Finanzierungsmittel	21.624.746,12 €
abzüglich Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.558.383,64 €
= Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum 31.12.	-2.933.637,52 €

7.1.6 Übertragene Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen)

Es wurden insgesamt 16.870.209,00 € ins Jahr 2017 übertragen, davon waren 15.418.840,00 € investiv.

Haushaltsübertragungen insgesamt	16.870.209,00
Konsumtiv	1.451.369,00
Budgetüberträge bei den Ämtern	973.149,00
Geräte, Lehr- und Unterrichtsmittel sowie Lernmittel bei Kreisschulen	233.090,00
Sanierung Deponie Hasenbühl	826.000,00
Entnahme Deponierückstellung	-899.000,00
Erhaltungsaufwand/ Kleinmaßnahmen an Kreisstraßen	0,00
Unwetterbedingte Instandsetzung Kreis- und Landesstraßen	234.000,00
Gesundheitskonferenz	17.380,00
Projekt Comenius	0,00
Projekt VIS NOVA	11.750,00
Rechts- und Beratungskosten KKH Crailsheim	0,00
Stand-by-Vertrag Tierseuchenbekämpfung	0,00
Berufliche Qualifikation/ Beschäftigungsprojekte Flüchtlinge	15.000,00
EDV-Mittel	40.000,00



Investiv	15.418.840,00
Erwerb bew. Vermögensgegenstände Schulen	496.840,00
Hochbaumaßnahmen Gewerbliche Schule SHA	0,00
Hochbaumaßnahmen Gewerbliche Schule CR	0,00
Hochbaumaßnahmen Landratsamt SHA	4.900.000,00
Hochbaumaßnahmen Landratsamt CR	825.000,00
Landkreisanteil Sanierung Tiefgarage	900.000,00
Hochbaumaßnahmen Wohnheime	2.690.000,00
Hochbaumaßnahmen der Straßenmeistereien	0,00
Hochbaumaßnahmen CentrumMensch	0,00
Baukostenzuschuss Klinikum	
Baumaßnahmen an Kreisstraßen (inkl. bew. Vermögensgegenstände)	3.659.000,00
Baumaßnahmen bei den Wertstoffhöfen	2.000.000,00
Baumaßnahme Entsorgungsanlage (Planung Vergärungsanlage)	95.000,00
Investitionszuwendung Lernfabrik 4.0	-147.000,00

7.1.7 Nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen

In der Haushaltssatzung 2016 war eine Kreditermächtigung i. H. v. 18.402.140 € enthalten. Davon wurden 15.000.000 € in Anspruch genommen (Neuaufnahme i. H. v. 7,5 Mio. €, Kreditzusage i. H. v. 7,5 Mio. €). Zusammen mit der nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung 2015 i. H. v. 3.402.790 € verbleibt zum 31.12.2016 noch ein Betrag i. H. v. insgesamt 6.804.930 €.

7.1.8 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 42 GemHVO)

Nach § 42 GemHVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre aufzuführen. Dabei handelt es sich insbesondere um Bürgschaften, Gewährleistungen, eingegangene Verpflichtungen und in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen sowie Haftungsverhältnisse, auch wenn ihnen gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen. Unter der Bilanz darf jede Vorbelastung in einem Betrag ausgewiesen werden. Im Anhang sind die unter der Bilanz aufzuführenden Vorbelastungen anzugeben und ggf. zu erläutern.

• Bürgschaften

Der Landkreis hat im Jahr 2000 eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH (WFG) gegenüber der Europäischen Kommission bis zu einem Betrag von 430.000,00 € übernommen.

Weiterhin wurden folgende Ausfallbürgschaften für Darlehensaufnahmen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH übernommen:

- 2005: 4.380.000,00 €
- 2006: 1.140.000,00 €
- 2007: 700.000,00 €
- 2008: 800.000,00 €
- 2010: 800.000,00 €



Jahresabschluss 2016

Der Landkreis hat im Jahr 2015 Ausfallbürgschaften für zwei Darlehen der Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH in Höhe von insgesamt 1.033.950 € übernommen.

• **Gewährleistungen**

Es bestehen Gewährträgerschaften des Landkreises Schwäbisch Hall gegenüber dem Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg für die Zusatzversorgung

- der beim Kreisverein Schwäbisch Hall e.V. des Deutschen Roten Kreuzes beschäftigten Arbeitnehmer (1977)
- der beim Landschaftserhaltungsverband für den Landkreis Schwäbisch Hall e.V. beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (1995)
- der bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH (WFG) beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2001)
- der bei der Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2006).

Die Höhe der vom Landkreis Schwäbisch Hall gegenüber dem Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg übernommenen Gewährträgerschaften ist nicht beziffert.

• **Verpflichtungen aus Leasingverträgen**

Zum 31.12.2016 bestehen Leasingverträge für 31 Fahrzeuge. Daraus ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 184.387,33 €.

• **Übertragene Haushaltsermächtigungen und nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen**

Die übertragenen Haushaltsermächtigungen und nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen sind unter Punkt 7.1.6 und 7.1.7 erläutert.

7.1.9 Treuhänderische Verwaltung von Mündelvermögen

Beim Mündelvermögen handelt es sich i. d. R. um Geldvermögen von unter Betreuung stehender Personen (Mündel), welche vom Jugendamt im Rahmen der Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften verwaltet werden. Diese Geldvermögen sind meist in Form von Sparbüchern auf den Namen des Mündels lautend angelegt und werden von der Kommune lediglich treuhänderisch verwaltet.

In der Bilanz des Landkreises werden diese Geldvermögen nicht ausgewiesen. Der Nachweis erfolgt daher nachrichtlich im Anhang der Bilanz.

Das Mündelvermögen in Form von Girokonten, Sparbüchern und sonstigen Bankguthaben betrug zum 31.12.2016 insgesamt 82.913,91 €.



7.2 Organe des Landkreises

Landrat und Mitglieder des Kreistags

Seit 1. Januar 2004 ist Gerhard Bauer Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall. Er leitet das Landratsamt und ist Vorsitzender des Kreistages. Nach seiner Wiederwahl am 04.10.2011 hat die neue, acht Jahre lange Amtsperiode von Landrat Gerhard Bauer am 01.01.2012 begonnen. Am 7. Juni 2009 wurde der Kreistag für die Amtsperiode 2009 - 2014 neu gewählt. Am 25. Mai 2014 fand die Wahl für die folgende Amtsperiode des Kreistages 2014 - 2019 statt.

Mitglieder des Kreistages 2016

<p>Freie:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Bay, Friedrich2. Binnig, Wolfgang3. Bock, Markus4. Ehrmann, Thomas5. Fischer, Robert6. Gröner, Siegfried7. Izsak, Klemens (bis 31.06.2016)7. Behr-Martin, Rita (für Klemens Izsak)8. Jäckel, Jürgen9. Köger, Klaus10. Schmidt, Jörg11. Schumm, Klaus-Dieter12. Silberzahn, Jürgen13. Trittner, Siegfried14. Wackler, Kurt15. Waller, Friedrich16. Wunderlich, Friedrich17. Wurmthaler, Roland <p>CDU:</p> <ol style="list-style-type: none">18. Berger, Uwe19. Breitzkreuz, Michael20. Dambacher, Michael21. Dierolf, Werner22. Groß, Reiner23. Holl, Herbert24. Komor, Damian25. Kubin, Günther26. Noller, Hans Volker27. Piott, Martin28. Rabe, Uta29. Rüeck, Helmut W.30. Strobel, Matthias31. Westerholt, Dr. Graf von Ludger	<ol style="list-style-type: none">32. Zielosko, Jens33. Zoll, Ute <p>SPD:</p> <ol style="list-style-type: none">34. Eichele, Karl35. Hartleitner, Helga36. Klingler, Brunhilde37. Mäschig, Frank38. Michl, Rudolf39. Pelgrim, Hermann-Josef40. Sakellariou, Nikolaos41. Sawade MdB, Anette42. Scharch, Jürgen43. Schlenvoigt, Georg44. Wilhelm, Bettina <p>Grüne/ÖDP:</p> <ol style="list-style-type: none">45. Feuchter, Hans-Joachim46. Gronbach, Gottfried47. Herrmann, Andrea48. Kemppe, Stephan49. Kern-Kalinke, Claudia50. Kießbecker, Daniel51. Kraft, Wilfried52. Niemann MdL, Jutta53. Zahn, Friedrich <p>FDP:</p> <ol style="list-style-type: none">54. Bullinger, Daniel55. Bullinger MdL, Dr. Friedrich56. Dollmann, Florian57. Döring, Dr. Walter58. Lober, Friedrich
--	--



Jahresabschluss 2016

7.3 Vermögensübersicht

Vermögen	Stand des Vermögens	Vermögensveränderungen					Stand des Vermögens
	zum 01.01. des Haushaltsjahres	Vermögenszugänge im Haushaltsjahr	Vermögensabgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	zum 31.12. des Haushaltsjahres
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	284.756 €	176.579 €	0 €	0 €	0 €	99.428 €	361.907 €
2. Sachvermögen (ohne Vorräte)	245.829.889 €	22.251.492 €	31.021 €	0 €	0 €	10.352.664 €	257.697.695 €
2.1 Unbebaute Grundstücke grundstücksgleiche Rechte	775.101 €	0 €	0 €	0 €	0 €	1.980 €	773.121 €
2.2 Bebaute Grundstücke grundstücksgleiche Rechte	66.969.638 €	6.612.030 €	0 €	1.543.557 €	0 €	3.600.880 €	71.524.345 €
2.3 Infrastrukturvermögen	167.416.968 €	3.318.656 €	4.014 €	1.828.119 €	0 €	5.100.191 €	167.459.538 €
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	14.049 €	180.636 €	0 €	-12.278 €	0 €	4.490 €	177.917 €
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	1.800 €
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	6.438.671 €	2.227.431 €	26.951 €	1.173 €	0 €	1.181.340 €	7.458.983 €
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.682.780 €	703.251 €	56 €	11.841 €	0 €	463.783 €	1.934.032 €
2.8 Geleistete Auszahlungen, Anlagen im Bau	2.530.882 €	9.209.487 €	0 €	-3.372.411 €	0 €	0 €	8.367.958 €
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)	34.489.741 €	2.097.921 €	15.057.500 €	0 €	0 €	0 €	21.530.162 €
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	11.006.795 €	2.083.926 €	0 €	0 €	0 €	0 €	13.090.720 €
3.2 Sonst. Beteilig. u. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden o. and. kommunalen Zusammenschlüssen	310.447 €	13.995 €	0 €	0 €	0 €	0 €	324.442 €
3.3 Sondervermögen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
3.4 Ausleihungen	172.500 €	0 €	57.500 €	0 €	0 €	0 €	115.000 €
3.5 Wertpapiere	23.000.000 €	0 €	15.000.000 €	0 €	0 €	0 €	8.000.000 €
Insgesamt	280.604.387 €	24.525.991 €	15.088.521 €	0 €	0 €	10.452.092 €	279.589.764 €



Jahresabschluss 2016

7.4 Übersicht über- und außerplanmäßige Ausgaben über 25.000 €

Profit-center	Kostenstelle/ Auftrag	Kostenstelle/ Auftrag Beschreibung	Kostenart	Kostenart Beschreibung	Plan 2016 in €	Ist 2016 in €
1114	11145004	42 Integrationsförd.	44910312	VwV Deutschkurse für Flüchtlinge	100.000,00	128.812,99
1120	11205100	11 EDV	44520000	Erstattungen an Gemeinden (GV)	52.000,00	140.109,78
1121	11215200	11 Ausbildung	44910000	Sonstige zw. Aufw.a. lfd.Vw-Tätigkeit	14.000,00	42.121,10
1121	11215400	11 Kantine	42730000	Aufwendungen für bez. Leist. und Waren	3.200,00	44.150,00
1124	11243101	Vw u. Bew Gebäude LRA SHA	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	100.000,00	172.325,65
1124	11243207	Vw u. Bew In den Herrenäckern 11 SHA	423*	Mieten und Pachten, Mietnebenkosten	-	46.602,39
1125	111254000000	Erwerb bew. Vermögen Kraftfahrzeuge LRA	61100000	Fahrzeuge	-	41.451,81
1260	12605001	E1 Leitstelle	44580000	Erstattungen an übrige Bereiche	399.000,00	463.418,31
1280	12805000	E1 Kat-Schutz	51110000	Aufw. im Zus.h. m.Katastrophen u.ä. Erei	-	33.026,30
2130	121304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR		Maschinen, Techn. Anlagen, BGA	31.780,00	287.592,50
2130	21303001	Gebäude Gewerbl. Schule SHA	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	115.000,00	271.228,30
2130	21303008	Gebäude EGS Crailsheim	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	75.000,00	157.480,37
3110	311002*	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	433*+4452*	Soziale Leistungen	37.135.400,00	38.268.049,54
3110	311100501*	Hilfen zum Lebensunterhalt	433*+4452*	Soziale Leistungen	857.700,00	2.368.448,61
3110	311006*	Sonst. Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII	433*	Soziale Leistungen	101.000,00	131.481,12
3110	311007	Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	433*	Soziale Leistungen	210.000,00	245.632,91
312001	L312001	Kosten für Unterkunft und Heizung	44500000	Erstattungen an den Bund	540.000,00	716.732,35
312001	312001*	Leistungen für Unterkunft und Heizung	4461*	Soziale Leistungen	11.860.000,00	12.306.787,99
312002	31205001	20 Grundsicher. II	445*	Erstattungen an Bund und verbundene Unternehmen	215.000,00	240.079,47
312003	312003*	Einmalige Leistungen SGB II	44610000	Leist.bet.Umsetz.Grundsich.Arbeits.	200.000,00	434.752,14
313001/318009	31305001/31805001	Flüchtlingssozialarbeit/ vorl. Unterbringung	4272*+4273*	Aufwendungen für EDV und bez. Leistungen und Waren/ Ausstattung	29.630,00	1.316.189,47
313001	31305001	42 Flüchtlinge	43580000	Allgemeine Zuweisungen an übr. Bereiche	-	43.790,35
3140	I31404000000	Erwerb bew. Vermögen Unterkünfte		Fahrzeuge, BGA	70.000,00	99.821,12
3140	31403000	42 Wohnheimgebäude	421*+422*	Unterhaltung des unbewegl. und bewegl. Vermögens	100.000,00	717.111,08
3140	31403000	42 Wohnheimgebäude	423*	Mieten und Pachten, Mietnebenkosten	1.150.000,00	1.805.299,51
3140	31403000	42 Wohnheimgebäude	4272*+4273*	Aufwendungen für EDV und bez. Leistungen und Waren/ Ausstattung	-	222.423,58
3140	31403001	42 Gemeinschaftsunterkunft Blaufelden	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	5.000,00	34.388,25
3140	31403002	42 Gemeinschaftsunterkunft Crailsheim	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	15.000,00	86.979,50
3140	31403003	42 Gemeinschaftsunterkunft Kirchberg	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	5.000,00	252.289,59
3140	31403003	42 Gemeinschaftsunterkunft Kirchberg	424*	Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	60.000,00	137.785,77
3140	31403005	42 Gemeinschaftsunterk. SHA Weidenhalde	421*+422*	Unterhaltung des unbewegl. und bewegl. Vermögens	2.500,00	128.774,39
3140	31403006	42 Gemeinschaftsunterkunft Oberfischach	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	-	54.337,02
3140	31403007	42 GUK Crailsheim zur Flügellau 59	421*+422*	Unterhaltung des unbewegl. und bewegl. Vermögens	-	806.720,10
3140	31403007	42 GUK Crailsheim zur Flügellau 59	424*	Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	-	149.340,83
3140	31403009	42 Gemeinschaftsunterkunft Satteldorf	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	-	27.253,07
3140	31403011	42 GUK Crailsheim zur Flügellau 36	424*	Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	-	34.941,68
3140	31403012	42 Gemeinschaftsunterkunft Michelfeld	42110000	Unterh. Grundst. und bauli.Anlagen	-	45.541,09
3140	31403050	42 Mietgeb. Unterbr Sonderkont. Nordirak	423*	Mieten und Pachten, Mietnebenkosten	-	98.760,00
3140	31405000	42 Unterkünfte	42910000	Aufwendungen f.so. Sach-u. Dienstl.stg.	-	25.362,75
3140	31405000	42 Unterkünfte	44910000	Sonstige zw. Aufw.a. lfd.Vw-Tätigkeit	2.500,00	64.516,17
3630	36300301*	Hilfe zur Erziehung	433*	Soziale Leistungen	9.310.000,00	11.039.462,61
3630	36300302*	Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahme/Eingliederungshilfe	433*	Soziale Leistungen	4.400.000,00	7.851.620,46
363006	L36300605	Jugend- und Suchtberatung	43580000	Allgemeine Zuweisungen an übr. Bereiche	145.000,00	184.893,93
363006	L36300603	Erziehungsberatung	43580000	Allgemeine Zuweisungen an übr. Bereiche	60.000,00	100.527,65
365003	365003*	Finanzielle Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	4331*	Soziale Leistungen	850.000,00	924.810,65
3710	37105099	20 Betreuungsleistg	44294000	Rechts- und Beratungskosten	100.000,00	132.501,19
4110	41105000	Kreiskrankenhäuser	43150000	Zuschüsse an verbundene Unternehmen	1.182.740,00	2.540.429,32
5110	51105000	33 Kreisplanung	43120000	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	245.000,00	271.103,00
5111	I51114000000	Erwerb bew. Vermögen Vermessungsamt		Lizenzen, Technische Anlagen	-	50.337,00
5370	53705002	Wertstoffhöfe	42911000	Entsorgung von Baum- und Strauchschnitt	325.000,00	436.382,28
5370	53705005	Containerstandorte	44410000	Steuern/Versicherungen/Schadensfälle/Son	-	29.812,06
5420	54205001	13 Kreisstraßen Direktaufwand	42730000	Aufwendungen für bez. Leist. und Waren	30.000,00	98.921,65
5430	54305001	13 Landesstraßen Direktaufwand	42120000	Unterh. des sonst. unbeweglichen Vermöge	354.500,00	1.165.226,49
5440	54405000	13 Bundesstraßen Gemeinschaftsaufwand	42120000	Unterh. des sonst. unbeweglichen Vermöge	246.000,00	516.104,85
5470	54705000	13 Nahverkehr	4317*	Zuschüsse an private Unternehmen	4.010.000,00	4.222.876,40
5470	54705000	13 Nahverkehr	44295*	Aufwendungen für Schülerbeförderung	8.100.000,00	8.144.228,84
5551	I55514000000	Erwerb bew. Vermögen Landwirtschaftsamt		Fahrzeuge, BGA	10.000,00	40.049,02

Bei außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen handelt es sich um Aufwendungen/Auszahlungen, für die im Haushaltsplan keine Ermächtigung veranschlagt und keine aus den Vorjahren übertragenen Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) verfügbar sind.



Jahresabschluss 2016

- ¹ Finanzierung erfolgt im Rahmen des Schulbudgets, indem z. B. weniger Mittel bei den Geschäftsaufwendungen ausgegeben wurden.
- ² Eine Buchungsumstellung der Barbeträge und Bekleidungsgelder für Bewohner stationärer Einrichtungen führte zu höheren Aufwendungen bei den Hilfen zum Lebensunterhalt (zugunsten der Positionen „Hilfe zur Pflege“ und „Eingliederungshilfe“).
- ³ Die Aufwendungen im Rahmen der Unterbringung Sonderkontingent Nordirak werden zu 100% erstattet.
- ⁴ Die Finanzierung erfolgt teilweise durch Sondermittel des Bundes und des Landes.
- ⁵ Den höheren Aufwendungen stehen höhere Erstattungen aus Eigenanteilen i. H. v. rund 85 T€ gegenüber.



8 Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“

Abschluss und Lagebericht 2016 des Regiebetriebs Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall

Gründung und Entwicklung:

Der Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ wurde mit Satzung vom 13.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2006 durch den Kreistag gegründet und anschließend vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Der Regiebetrieb verpachtete die gesamten dem Krankenhausbetrieb in Crailsheim dienenden Grundstücke und Gebäude zum Preis von 1 € pro Jahr an die Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH (LSK).

Im Jahr 2007 hat der Regiebetrieb im Krankenhaus Crailsheim eine Cafeteria errichtet und an die Firma pcp plus catering profis hauswirtschaftliche Dienstleistungen AG, Rodgau, verpachtet. Die Einrichtung ist als Betrieb gewerblicher Art beim Finanzamt angemeldet. Die angefallene Vorsteuer wird geltend gemacht bzw. die anfallende Mehrwertsteuer abgeführt. Außerdem vermietet der Regiebetrieb seit Jahresbeginn 2011 die für den Betrieb eines Magnetresonanztomographen (MRT) hergestellten Räume. Auch hier sind Bau und Vermietung als Betrieb gewerblicher Art mit den entsprechenden Konsequenzen dem Finanzamt gemeldet worden. Im Jahr 2015 wurde das Telekom-Gebäude neben dem Krankenhaus gekauft und an den Landkreis zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen vermietet.

Wirtschaftsplan:

Für das Jahr 2016 wurde am 22.12.2015 vom Kreistag im Rahmen der Haushaltsplanverabschiedung ein Wirtschaftsplan beschlossen, der im Erfolgsplan Erträge von 1.494.002 € und Aufwendungen in Höhe von 1.414.002 € vorsah. Der erwartete Jahresgewinn betrug 80.000 €. Im Vermögensplan wurden Einnahmen und Ausgaben von 7.836.108 € eingestellt. Die Buchführung des Betriebs hat nach den Regeln der Krankenhausbuchführungsverordnung zu erfolgen. Der Regiebetrieb verfügt über ein eigenes Bankkonto.

Jahresabschluss:

Zum 31.12.2016 ist der vorgeschriebene Abschluss mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Stand des Anlagevermögens sowie Stand der vorhandenen Darlehen gefertigt worden.

Geschäftsverlauf:

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für 2016 einen Überschuss in Höhe von 21.357,74 € aus, welcher der Gewinnrücklage zugeführt wurde. Deren Bestand beträgt 233.164,24 € zum 31.12.2016. Der Überschuss ist geringer als geplant ausgefallen. Gründe sind hauptsächlich die Aufwendungen für die Einweihung des Klinikneubaus und die zu diesem Anlass in den Kreiszeitungen veröffentlichte Broschüre sowie das anlässlich des Umzugs in den Neubau erschienene Klinikmagazin.



Jahresabschluss 2016

Die Kapitalrücklage beträgt 12.945.155,64 €. Das Eigenkapital belief sich damit am 31.12.2016 auf 13.178.319,88 €. Der Kapitalrücklage wurden neben den Tilgungserstattungen in Höhe von rd. 436 T€, ein Baukostenzuschuss für den Klinikneubau in Crailsheim in Höhe von 1 Mio. € sowie für die Sanierung des Telekom-Gebäudes in Höhe von 234.244,40 € zugeführt. Weiterhin zugeführt wurden aus der Gewinnrücklage für Brandschutzmaßnahmen und Investitionen 233.478,52 €. Außerdem ein Investitionszuschuss der Stadt Crailsheim für die Schulküche in Höhe von 1,6 Mio. €. Entnommen wurden die Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von rd. 1,42 Mio. €.

Als Verbindlichkeit wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von 8 Mio. € für den Krankenhausneubau in Crailsheim auf der Passivseite der Bilanz eingebucht. 23,4 Mio. € Zuschuss wurden bereits zur Finanzierung des Klinikneubaus vom Land ausbezahlt. Das Anlagevermögen wuchs durch den Klinikneubau auf 50,990 Mio. €.

Der Schuldenstand des Regiebetriebs belief sich zum 31.12.2016 auf 19.497.936,20 €.

Personal:

Die Leitung des Regiebetriebs obliegt dem Kreiskämmerer (Herr Werner Schmidt), die Buchführung wird ebenfalls von der Kämmererei (Herr Manfred Hofmann) erledigt. Der Regiebetrieb hat kein eigenes Personal und damit auch keine Personalausgaben.

Schwäbisch Hall, den 28.04.2017

Werner Schmidt
Kreiskämmerer



Bilanz der Klinikimmobilie Crailsheim							
Aktiva	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	Passiva	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Anlagevermögen	50.990.158,42	39.598.832,70	11.391.325,72	Kapitalrücklagen	12.945.155,64	10.861.229,99	2.083.925,65
Umlaufvermögen	10.188.560,39	15.749.030,56	- 5.560.470,17	Gewinnrücklage	233.164,24	445.285,02	- 212.120,78
Rechnungsabgrenzung	4.886,83	-	4.886,83	Fördermittel	27.826.732,00	3.257.999,00	24.568.733,00
Summe Aktiva	61.183.605,64	55.347.863,26	5.835.742,38	Verbindlichkeiten	20.178.553,76	40.783.349,25	-20.604.795,49
				Summe Passiva	61.183.605,64	55.347.863,26	5.835.742,38

G + V der Klinikimmobilie Crailsheim							
	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung		31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Betriebserträge	139.247,56	85.398,78	53.848,78	Betriebsaufwand	29.058,82	4.407,15	24.651,67
Zinszuschuss Landkreis	230.830,70	183.581,03	47.249,67	Abschreibungen	2.778.197,90	1.212.913,01	1.565.284,89
Auflösung Fördermittel	2.431.267,00	651.276,00	1.779.991,00	Betriebsaufwand	1.159.424,44	5.842,94	1.153.581,50
a. o. Erträge	150,00	-	150,00	Zinsaufwand	228.243,20	180.131,03	48.112,17
Summe Erträge	2.801.495,26	920.255,81	1.881.239,45	Summe Aufwendungen	4.194.924,36	1.403.294,13	2.791.630,23
Zwischensumme Erträge	2.801.495,26	920.255,81	1.881.239,45				
Zwischensumme Aufwand	4.194.924,36	1.403.294,13	2.791.630,23				
Ergebnis Geschäftstätigkeit	- 1.393.429,10	- 483.038,32	- 910.390,78				
Steuern	- 5.118,06	- 5.291,69	173,63				
Entnahme aus Rücklagen	1.419.904,90	561.637,01	858.267,89				
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	21.357,74	73.307,00	- 51.949,26				



9 Anlagen

Gesamtergebnisrechnung

Gesamtfinanzrechnung



Gesamtergebnisrechnung 2016



Gesamtergebnisrechnung

Ifd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2015	Fortgeschriebener Ansatz 2016	Ergebnis 2016	Vergleich Ansatz- Ergebnis	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2015 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2017 EUR
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	513.883,39	530.000	790.548,83	260.549-	0	0,00	260.549-	0,00
2	+	Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen	170.040.289,85	170.964.950	177.229.259,04	6.264.309-	0	0,00	6.264.309-	0,00
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	2.895.911,60	3.465.130	2.807.781,48	657.349	0	0,00	657.349	0,00
4	+	Sonstige Transfererträge	9.484.987,74	7.040.350	8.273.245,29	1.232.895-	0	0,00	1.232.895-	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	10.597.643,13	11.594.750	12.476.051,05	881.301-	0	0,00	881.301-	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.872.843,80	2.024.310	2.359.772,90	335.463-	0	0,00	335.463-	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25.595.257,97	34.854.170	39.488.176,33	4.634.006-	0	0,00	4.634.006-	0,00
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	118.354,63	122.700	28.933,33	93.767	0	0,00	93.767	0,00
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	8.032,60	0	9.789,30	9.789-	0	0,00	9.789-	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	5.397.364,89	1.503.080	3.204.575,10	1.701.495-	0	0,00	1.701.495-	0,00
11	=	Ordentliche Erträge	226.524.569,60	232.099.440	246.668.132,65	14.568.693-	0	0,00	14.568.693-	0,00
12	-	Personalaufwendungen	45.504.985,39-	48.878.380-	48.519.829,28-	358.551-	0	0,00	358.551-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.690.557,44-	25.854.640-	29.738.205,84-	3.883.566	0	736.194,95-	3.147.371	200.090,00-
15	-	Abschreibungen	12.133.962,09-	11.040.540-	11.309.110,03-	268.570	0	0,00	268.570	0,00
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.020.313,37-	991.800-	856.088,12-	135.712-	0	0,00	135.712-	0,00
17	-	Transferaufwendungen	96.361.519,87-	104.384.120-	113.421.922,31-	9.037.802	0	0,00	9.037.802	0,00



Gesamtergebnisrechnung EUR

Ifd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2015	Fortgeschriebener Ansatz 2016	Ergebnis 2016	Vergleich Ansatz- Ergebnis	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2015 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2017 EUR
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.628.065,34-	31.319.360-	32.039.536,76-	720.177	0	790.424,00-	70.247-	1.017.279,00-
19	=	Ordentliche Aufwendungen	213.339.403,50-	222.468.840-	235.884.692,34-	13.415.852	0	1.526.618,95-	11.889.233	1.217.369,00-
20	=	Ordentliches Ergebnis	13.185.166,10	9.630.600	10.783.440,31	1.152.840-	0	1.526.618,95-	2.679.459-	1.217.369,00-
21	+	Außerordentliche Erträge	19.455,95	0	1.493.029,75	1.493.030-	0	0,00	1.493.030-	0,00
22	-	Außerordentliche Aufwendungen	92.286,61-	0	1.748.710,69-	1.748.711	0	0,00	1.748.711	234.000,00-
23	=	Sonderergebnis	72.830,66-	0	255.680,94-	255.681	0	0,00	255.681	234.000,00-
24	=	Gesamtergebnis	13.112.335,44	9.630.600	10.527.759,37	897.159-	0	1.526.618,95-	2.423.778-	1.451.369,00-
28		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	13.185.166,10-	9.630.600-	10.783.440,31-	1.152.840	0	0,00	1.152.840	0,00
37		Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital	72.830,66	0	255.680,94	255.681-	0	0,00	255.681-	0,00



Gesamtfinanzrechnung
2016



Gesamtfinanzrechnung

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2015 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2016 EUR	Ergebnis 2016 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2015 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2017 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	513.883,39	530.000	790.548,83	260.549-	0	0,00	260.549-	0,00
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	169.599.352,36	170.964.950	176.023.812,96	5.058.863-	0	0,00	5.058.863-	0,00
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	6.670.853,57	7.040.350	7.661.119,60	620.770-	0	0,00	620.770-	0,00
4	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	10.329.023,71	11.594.750	12.514.453,57	919.704-	0	0,00	919.704-	0,00
5	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.753.297,86	2.024.310	3.788.965,64	1.764.656-	0	0,00	1.764.656-	0,00
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.513.978,77	34.854.170	45.692.200,84	10.838.031-	0	0,00	10.838.031-	0,00
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	396.100,23-	122.700	76.819,62	45.880	0	0,00	45.880	0,00
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.646.324,38	1.234.490	1.913.217,08	678.727-	0	0,00	678.727-	0,00
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	216.630.613,81	228.365.720	248.461.138,14	20.095.418-	0	0,00	20.095.418-	0,00
10	-	Personalauszahlungen	47.144.160,95-	49.552.280-	49.271.355,63-	280.924-	0	0,00	280.924-	0,00
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	28.137.446,89-	30.103.020-	35.100.984,80-	4.997.965	0	736.194,95-	4.261.770	1.099.090,00-
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	1.018.360,82-	991.800-	920.698,71-	71.101-	0	0,00	71.101-	0,00
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	96.181.509,87-	104.384.120-	112.796.862,94-	8.412.743	0	0,00	8.412.743	0,00
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	30.717.843,68-	31.319.360-	33.646.945,12-	2.327.585	0	790.424,00-	1.537.161	1.251.279,00-

Gesamtfinanzrechnung
EUR

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2015 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2016 EUR	Ergebnis 2016 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2015 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2017 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	203.199.322,21-	216.350.580-	231.736.847,20-	15.386.267	0	1.526.618,95-	13.859.648	2.350.369,00-
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/- bedarf der Ergebnisrechnung	13.431.291,60	12.015.140	16.724.290,94	4.709.151-	0	1.526.618,95-	6.235.770-	2.350.369,00-
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	265.633,31	3.330.300	886.730,69	2.443.569	0	0,00	2.443.569	147.000,00
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	45.215,00	17.000	35.410,00	18.410-	0	0,00	18.410-	0,00
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	57.500,00	1.000	1.361,92	362-	0	0,00	362-	0,00
23	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	368.348,31	3.348.300	923.502,61	2.424.797	0	0,00	2.424.797	147.000,00
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	896.199,93-	90.000-	1.093.578,04-	1.003.578	0	0,00	1.003.578	0,00
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	14.135.231,80-	29.690.000-	17.618.118,65-	12.071.881-	0	6.447.800,00-	18.519.681-	13.972.000,00-
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.599.837,29-	2.411.860-	3.037.621,55-	625.762	0	822.538,11-	196.777-	693.840,00-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0	13.995,00-	13.995	0	0,00	13.995	0,00
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnah men	747.116,26-	1.526.100-	2.795.070,40-	1.268.970	0	1.134.244,40-	134.726	900.000,00-
30	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17.378.385,28-	33.717.960-	24.558.383,64-	9.159.576-	0	8.404.582,51-	17.564.159-	15.565.840,00-
31	=	Finanzierungsmittelüberschu ss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	17.010.036,97-	30.369.660-	23.634.881,03-	6.734.779-	0	8.404.582,51-	15.139.361-	15.418.840,00-



Gesamtfinanzrechnung EUR

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung	Ergebnis Vorjahr 2015	Fortgeschriebener Ansatz 2016	Ergebnis 2016	Vergleich Ansatz-Ergebnis	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug	Ermächtigungsübertragung aus 2015	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis	Ermächtigungsübertragung nach 2017
		Einzahlungs- und Auszahlungsarten	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
32	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	3.578.745,37-	18.354.520-	6.910.590,09-	11.443.930-	0	9.931.201,46-	21.375.131-	17.769.209,00-
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	2.300.000,00	18.402.140	7.500.000,00	10.902.140	0	0,00	10.902.140	0,00
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	3.402.777,76-	3.331.320-	3.523.047,43-	191.727	0	0,00	191.727	0,00
35	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	1.102.777,76-	15.070.820	3.976.952,57	11.093.867	0	0,00	11.093.867	0,00
36	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	4.681.523,13-	3.283.700-	2.933.637,52-	350.062-	0	9.931.201,46-	10.281.264-	17.769.209,00-
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Gelder, Geldanlagen, Liquiditätskredite)	188.392.441,77		201.426.810,31					
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Gelder, Geldanlagen, Liquiditätskredite)	199.037.447,25-		185.174.229,63-					
39	=	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	10.645.005,48-		16.252.580,68					
40	+	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	6.657.903,12		8.668.625,49-					
41	+/-	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	15.326.528,61-		13.318.943,16					

**Gesamtfinanzrechnung
EUR**

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung	Ergebnis Vorjahr 2015	Fortgeschriebener Ansatz 2016	Ergebnis 2016	Vergleich Ansatz-Ergebnis	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug	Ermächtigungs- übertragung aus 2015	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis	Ermächtigungs- übertragung nach 2017
		Einzahlungs- und Auszahlungsarten	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
42	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	8.668.625,49-		4.650.317,67					

Landratsamt Schwäbisch Hall | Münzstraße 1 | 74523 Schwäbisch Hall | www.lrasha.de